

190

ungen Zölle zu leisten ist und diese ungeheurende Antwort auf die Einigungsbemühungen der KPD. hingunstig ist, es zeigt nicht kluger zu erkennen, wie die „unverantwortliche Zukunft“ ist, die zu prognostizieren und die Massen zu missbrauchen sucht. Die Kommunisten brauchen nicht erst zu beweisen, daß es sind, die den härtesten Kampf gegen den Zollwucher führen. Sie sind auch stets — wie es die KPD getan hat — mit Zollschwarzparteien, wie dem Zentrum, durch die und dünn gespannt.

Die KPD erkennt, daß sie, wie jederzeit, die größten Anstrengungen machen wird, um die einheitliche Front der Arbeiterschaft gegen die Reaktion auch noch außen hin in jeder Weise zu wahren. Die Provinziale im Bezirksvorstand der KPD und im Kreisausschluß des ADGB mögen sich aber auch gelegentlich lassen, daß die kommunistischen Arbeiterschaften durch keine noch so niederrangige Verhöhnung und Herausforderung sich vor der gemeinsamen Kundgebung weichen erhalten lassen. Die proletarischen Kameraden im Reichsbanner werden sich ohne Zweifel ebenfalls nicht für den Bruderkrieg missbrauchen lassen. Wie Antipolizei werden SPD- und ADGB-Führer wohl nur jene Reichsbannerhelden heranziehen können, deren Partei heute schon die beste Schutzeinheit der Zollwucher ist und deren Haltung die Hungersöde mit verhindert.

Organisierte Steuerabotage der Kapitalisten

Ungeachtet der überaus zahlreichen Fälle von Steuerhinterziehung und organisierten Sabotage der Steuerzahlung seitens der Beschäftigten wurden bei der Beratung der Beschränkungsgegenseite im Ausschuß des Reichstages von den Kommunisten schwere Maßnahmen beantragt: neben dem öffentlichen Buchprüfungsdienst auch die Offenlegung der Steuerlisten. Diese wurden jedoch von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Das ist um so charakteristischer, als die Regierung selbst über die unbedeckte gründliche Steuermoral der beschäftigten Klasse in allen Tonarten klagen mußte.

Unter den Angriffen der Kommunisten hat die Regierung noch in der ersten Sitzung dem Ausschuß eine Übersicht über die durch den Buchprüfungsdienst nachgewiesenen Hinweiseabteilungen vorgelegt. Trotz der noch höchst mangelhaften Organisation der Buchprüfung wurde immerhin eine Summe von 87 064 244 Reichsmark an hinterzogenen Steuern eingetrieben. Jetzt hat die Regierung, gleichfalls einem kommunistischen Antrag folgend, dem Steuerausschuß auch eine Übersicht über die Fälle vorgelegt, wo wegen Aufzettelung zur Steuererweiterung auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. September 1928 nun der Regierung Strafsachen abhängig gemacht wurden. Die Übersicht ist wiederum sehr lehrreich, denn sie bestätigt, daß in unserem wunderbaren „Rechtsstaat“ die Steuerabotage tatsächlich kraftfrei ist.

Insgesamt wurden 27 Strafsachen eingeleitet, 14 davon waren erfolglos, bei 13 Fällen erfolgte Verurteilung. Wie die Gerichte solche Fälle von Steuerabotage beurteilten, darüber ein paar Beispiele aus der Denkschrift der Regierung:

Ein Geschäftsführer einer Landbundorganisation, ehemaliger Regierungsrat, hatte zur Verweigerung jeglicher Steuerabotage und zum Widerstand gegen jede gewollte Steuerhinterziehung Leitens der Landwirtschaft aufgefordert. Das Urteil lautete: Freispruch!

Ein Landwirt hatte durch die Zeitung aufgefordert, bei einer vom Finanzamt abgeholten Versteigerung nicht zu bauen. Schöfengerecht: Freispruch. Berufung erfolglos. Eingesetzte Revision vom Generalstaatsanwalt auf Antrag des Landesfinanzamtes zurückgenommen, nachdem der R. Landbund in seiner Verbandszeitung eine das Landesfinanzamt befürwortende Erklärung abgegeben hatte.

Ein Rittergutsbesitzer hatte am Schlus einer Kreislandbundversammlung aufgefordert, seine Steuern mehr zu zahlen. Urteil: 300 M. Geldstrafe anstelle von 2 Monaten Gefängnis und 300 M. weitere Geldstrafe.

Der Geschäftsführer einer Landbundorganisation wurde wegen der Aufforderung zum Steuerstreit zu 150 M. (anstelle 2 Monat Gefängnis) und 150 M. weiterer Geldstrafe verurteilt.

Ein Landdirektor erhielt wegen desselben Vergehens einen Monat Gefängnis und 100 M. Geldstrafe; auch hier wurde die Gefängnisstrafe in Geldstrafe umgewandelt.

Von den 13 Fällen, wo wegen solcher Steuerabotage eine Verurteilung erfolgte, wurde in 10 Fällen die Gefängnisstrafe von 1 oder 2 Monaten in Geldstrafe umgewandelt; in einem 11. Falle wurde für den Monat Gefängnis Bewährungsstrafe gegeben; in einem Falle wurde nur auf Geldstrafe erlassen. Und der einzige, der wirklich einen Monat drummußte, war der Geschäftsführer eines Kreislandbundes, der in einem Rundschreiben die Steuerabotage organisiert hatte.

Rann man sich bei solchen Urteilsprächen wundern, wenn die Steuerabotage des Herren von Industrie und Landwirtschaft immer schlammreiche Blüten treibt? Aber unser vortrefflicher „Rechtsstaat“ hat ja diese Sumpfschlüsse selber gezeichnet; man kann nicht über gefundene Steuermoral, aber man tut nichts, um die Gauwer zu fassen, die den Staat um Hunderte von Millionen betrügen. Im Gegenteil! Der Reichsfinanzminister u. ähnlich verzerrt den Standpunkt, daß den Beschäftigten die Steuern ermäßigt werden sollen, damit sie bereitwilliger zahlen! Er mutet wirklich der Daseinsfähigkeit ein sehr großes Maß von Einhalt zu.

Den arbeitenden Massen führen wir diese Tatsachen vor Augen, um ihnen daran zu zeigen: das ist der Charakter der Kapitalisterepublik, brutale Ausplünderung der besitzlosen Massen bis aufs Hemd, schamlose Steuerhinterziehung und Sabotage der Beschäftigten nach Millionen. Auf zum Kampf gegen die Steuerhinterziehung des Bourgeoisstaates!

Die „Befreiung“ des Ruhrgebietes

Die Zeitungen sind voll von Meldungen über die „Räumung“ des belagerten Gebiets. Die Sozialdemokraten, Befürworter und anderen „Friedensfreunde“ (wenn's ihnen direkt geht) triumphierten und in ihrem Blätterwald rauscht es von begeisterten Artikel über den „Sieg der Vernunft“ und des „Gedenkens der Befreiungswürdigkeit“.

Das eine ist richtig, das andere falsch.

Die Massen, die marktähnlichen Massen oder darüber haben sie kein lange nachrichten, gezeigt haben sie noch nicht, denn fast allein ihre Autoren und ebenso seine Befürworter-Regierung zeigen.

Die Räumung ist mit dem „Gedenken“ „vernünftig“, bestehen, so manche sozialdemokratische Zeitungen schreibt.

Die „Räumung“ aus der französischen Republik, die Ruhrgebiet einschließlich, ist in einem „vernünftigen“, dieser Ruhrgebiet jetzt wieder zu verfolgen.

„Räumung“ ist die Frage an Ruhr, nicht Gebiete werden aufgestellt.

Die Massen, die jetzt aus der Ruhr, aus dem Gebiet der Ruhrgebiet, aus dem Gebiet der Ruhrgebiet, aus dem Gebiet der Ruhrgebiet werden gerufen. Die kommunistischen Gewerkschaften, die im Mai 1923 nach dem Sozialen Ultimatum gegen

Gummelt Unterschriften für die Amnestie!

Die Räumliche Regierung gegen die Vollamnestie!

Zu Reichsrat nimmt Sachsen für den Amnestiebetrag den Reichsregierung!

Der Kampf um die Amnestie ist jetzt in sein entscheidendes Stadium getreten. Die von der Reichsregierung eingehende Amnestiebesetzung wird im Reichsrat verhandelt. Nur die reichsliche Regierung tritt für einige Verbesserungen in der Amnestiebesetzung ein. Über jedoch Menschen weigert sich, in die Amnestie die zu Justizamt verworfenen Kämpfer einzubeziehen. Die reichsliche Regierung verzögert die gesuchte Amnestie — es handelt sich vor allen Dingen um Einspeisung der Bankenversetzung — werden selbst von der reichslichen Regierung, die unter ausschlaggebendem Einfluß der Sozialdemokratie steht, ablehnen.

Die Räumliche Regierung dokumentiert damit aus, daß sie läuft in eine Front mit dem monarchischen Hindenburg-Kabinett eingeschwenkt ist.

Un Stelle Amnestie neue Gefängnismartern!

In Ludwigshafen sitzt seit langen Monaten der Genossen Neu im Untersuchungshaft. Gegen die unbegründete Haushaltung seines Verfahrens und gegen die anderen Willkürakte Justiz ist er in den Hungerstreik getreten. Seit über zehn Tagen führt er diesen Verzweiflungskampf für seine berechtigten Forderungen durch.

Jetzt ist man dazu übergegangen, den Genossen Neu zwangsweise zu ernähren, man hat ihn deshalb ins Gefängnislazarett überführt. Der Staatsanwalt denkt aber nicht davon, trotz des äußerst bedenklichen Gesundheitszustandes des Genossen Neu, diesen aus der Haft zu entlassen. Man verschleppt weiter ganz willkürlich das Verfahren gegen den Genossen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Klassensolidarität die Martern der gefangenen Genossen durch alle möglichen Schläge und Ränke steigern will.

Es gilt deshalb, den Kampf für die Amnestie gleichzeitig zu einem Kampf gegen den barbarischen Strafvollzug zu gestalten!

Die Gumminger Justizmaschine in Tübingen

Der frühere verantwortliche Referent der „Hamburger Volkszeitung“ erhielt Anfang Mai einen Strafbeschluß in der Höhe von 550 M. Geldstrafe über zwei Monaten Gefängnis.

Die Justiz thut jetzt infolge der Gumminger Reformation dazu übergegangen, ohne jede Verbindung und ohne jedes Anhören des Angeklagten einfach Strafen zu distillieren. Dieses Verfahren ist um so empörierend, da der Strafbeschluß wegen eines Artikels, den der Staatsanwalt Dr. Beuter im Urbahns-Prozeß stark angegriffen, ergangen worden ist.

Es ist eine simple Methode der Klassenrichter, sich der Verantwortung zu entziehen und eine Vergeltungsjustiz auf

wurden, werden vorläufig nicht geräumt. Immerhin besteht die Möglichkeit der Räumung und die Blätter des Württembergischen willigen bereits zu melden, daß auch Düsseldorf und Duisburg die Freiheit wünschen.

Woher kommt plötzlich diese „pazifistische“ Aktion, über die während lang gepredigt wird? Sie ist nichts weniger als pazifistisch, sie zeigt nur eine totale Schwäche, eine Umgestaltung an.

1. Die Franzosen führen in Marokko einen „Verteidigungskrieg“ gegen die einheimischen Stämme und werden von den Truppen Abd el Krim hart bedrängt. Es ist klar, daß der französische Proletat sein marokkanisches „Vaterland“ verteidigen muß. Die Truppen also, die im Rheintal abgesetzt sind, gehen auf die Marokkofront, um dort die Proletate für die französische Bourgeoisie zu schützen.

2. Das Ruhrgebiet wurde besetzt, weil sich die deutsche und die französische Schwerindustrie nicht einig werden konnten über die Beteiligungsquote am deutsch-französischen Montan-Kartell. Die Einigung ist jetzt erreicht, das europäische Eisenkartiell ist gegründet. (Der „Vorwärts“ nennt das „euro-päische Schiffs- und Wirtschaftsgemeinschaft“!)

3. Der Garantiekartell als politische Ergänzung des Dawes-Pakts ist in Vorbereitung: Deutschland wird ihm beitreten und der Entente gefügt. Deutschland als Aufmarschgebiet für den Kampf gegen Rußland zu benutzen.

Warum soll also das Ruhrgebiet besetzt bleiben? Das versucht Kosten, das bringt den „Verteidigungskrieg“ in Marokko wegen fehlender Truppen nicht zum „günstigen“ Abschluß, das ist unnötig, denn die deutsche Bourgeoisie hat sich mit der französischen geziert und dann, wenn man Deutschland wirtschaftlich durch den Dawesplan, politisch durch den Garantiekartell und den Beitritt zum Böllerbund, militärisch durch die Gewährung des Durchmarschrechts in der Hand hat, ja dann wäre die französische Bourgeoisie verdammt unvernünftig, wenn sie weiter das Ruhrgebiet besetzt halten wollte.

Sie ist es nicht, sie ist „vernünftig“. Und damit die Arbeiter immer vernünftig bleiben und nicht etwa ein „unvernünftiges“ Gedanken, daß kapitalistische Wirtschaft, ob unter französischer oder deutscher Hoheit ausgeübt, immer für die Arbeiterklasse schändlich oder schädlich ist. Ausdruck geben können, tuft die deutsche Bourgeoisie an Stelle der abtretenden französischen Soldaten die deutsche Polizei.

Sie rückt auch bereits ein. Der Polizeipräsident von Gelsenkirchen gibt zum Trost der „vernünftigen“ Kapitalisten und ihrem Anhänger und zur Drohung für die „unvernünftigen“ Arbeiter bekannt, daß die britische, die radfahrende, die verhetzte und die unverheizte Schups sofort einzufangen werden.

Die einen rüden ab, die andern an. Beide schüren „Ruhe und Ordnung“ und setzen Disziplinen. Vorwurf für die Arbeiter erstaunlich ist, daß ihr Kampf, der Klassenkampf weitergeht und weitergesetzt werden muß bis zum Sieg!

Wenn das Herz vor Bonne hebt!

Auch ein Beitrag zur Kriegsfrage der KPD.

Die „Ere nouvelle“, das ehemals pazifistische Organ des „Vorwärts“, macht heute in rasender Kriegsgeiste gegen Abd el Krim, gegen die französischen Kommunisten, gegen Bonnau. Ein Herr Louis Damblanc spricht dort:

„Naher großen Gefangenengen haben Schätz und Mindeste bombardiert. Das ist nicht eine Rache, die das Herz aller lösen will. Wenn's nicht weiter, doch nur der Aufsicht die Offensive der Rittergasse kann.“ Die ehemals Friedenskriegerliche KPD-Streife, die mit allen Kräften den Angriff gegen den „Bolschewismus“ ergreift, die den neuen Weltkrieg gegen den russischen Arbeitervolk will, sucht den Friedlichen Sieg, den „Siegeskampf“ der „Ere nouvelle“ zu setzen mit dem Einsatz, Herr Damblanc ist ein „Krieger“. Was nicht die revolutionären Kräfte des Platzes von Dakar, die Kämpfer von Dakar und Panzer eingesetzt.

dem Wege des Strafdecks zu über, um unliebsame Kriege unschädlich zu machen!

Demonstration gegen die Gefängnisbarbareien!

Um Montag demonstrierten die kommunistische Jugend sowie vor dem Gefängnis in der Sonnenstraße. In diesem Gefängnis befinden sich zwei Jugendgenossen in Untersuchungshaft. Heute ein Jahr hält man diese gefangen und die sind deshalb in ihrer Versetzung in den Hungerstreik gestellt. Als die Demonstration vor dem Gefängnis revolutionäre Siedler statteten die Kämpfer mit den gesangenen Genossen durch kläppeln gegen die Demonstranten ein. Mehrere Jugendgenossen wurden verhaftet.

Stuttgart sammelt 12 000 Unterschriften für die Amnestie!

In Württemberg, wo die Klassenjustiz am brutalsten gegen das revolutionäre Proletariat gewichtet hat, ist auch der Kampf der Arbeiterschaft für die rechtslose Befreiung aller proletarischen Gefangenen an hörbar.

Die Stuttgarter „Rote-Hilfe“-Organisation hatte am Sonnabend den 19. Juli eine allgemeine Hausagitation angestellt. In wenigen Stunden konnten rund 12 000 Unterschriften in Stuttgart gesammelt werden.

In ganz Württemberg sind jetzt nahezu 40 000 Unterschriften auf den Blättern der „Roten Hilfe“ gesammelt worden. Wenn man bedenkt, daß Württemberg bei der letzten Wahl nur 82 000 Wähler für die KPD auftraten, so ist die Unterschriftenkampagne ein Zeichen dafür, daß große Teile der Arbeiterschaft aus ihrer Solidarität erwacht sind und daß sie trotz der wiederholten Sabotage der Sozialdemokratie sich in eine Front mit den kämpfenden Proletarien für die Erzwingung der Amnestie stellt.

Das Stuttgarter Ergebnis muß aber allen Orien und Zeichen ein neuer Anfang sein, mit noch größerer Energie als bisher den Kampf für die Amnestie aufzunehmen.

Neue Niednerurteile

Berlin, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Vor dem Staatsgerichtshof standen gestern die Stuttgarter Arbeiterspione Maria Greiner und Hedwig Häbig, letztere wird bereits seit 10 Monaten in Untersuchungshaft festgehalten. Die Genossen sollen Kurierdienste ausgeübt haben. Der Zeugungssatz des Spiegel König und der Begrüter habe nichts bestanden. Sie könnten nichts Positives aussagen. Niedner verbündete die Beantwortung der Fragen des Verteidigers. Das Urteil gegen die Genossen Greiner lautete auf 8 Monate Gefängnis, gegen die Genossen Häbig auf 6 Monate Gefängnis.

Es wird heute nur offenbar, welcher Schwund der „pazifistische“ Liniblock war. Im September vorigen Jahres begann Herrist und der „Sozialist“ Paul Boncours in Bonn um die Wette zum Krieg gegen Rußland. Die „Arbeiterregierung“ Mac Donalds ließ Bomben abwerfen in Palästina, in Mesopotamien, in Irak, in Indien. Und heute gibt die „Ere nouvelle“ den „pazifistischen“, „humanitären“ Gefülden solcher Politik Raum, deren Herz vor Bonne steht, wenn die französische Ausdehnungsbündnisse abwerfen lassen — „rechts“!

Einer muß der Kluftkampf sein, sagte der Arbeiterschläger Rost. Den blutkringigen, kriegsgekündigten Zugfriedens- und Garantiekartellpolitikern der SPD, mit dem deutsche Proletariat voll Empörung entgegen:

„Wir sind alle Kluftkämpfer!“

Rückbildung der Eisenbahnertarife

Berlin, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Eisenbahngewerkschaften der Eisenbahnerarbeiter haben beschlossen, den mit der Hauptverwaltung der Reichsbahngeellschaft abgeschlossenen Rahmenvertrag am 31. August zu kündigen. Die Gewerkschaften verhandeln nun untereinander zwecks Rückbildung des Kantiertarifs.

Durch Abschluß neuer Verträge hoffen die Gewerkschaften, allgemeine Erhöhung der Löhne zu erzielen.

Darauf hielten Generalsekretär Dr. Wessels eine sofortige Gewerkschaftsversammlung der Eisenbahnerarbeiter für den 23. Juli fest.

Der Reiz der Versammlungen des ruhigen Typs, die zwischen den Gewerkschaften der Eisenbahnerarbeiter stattfinden, ist groß. Der Gewerkschaftsversammlung der Eisenbahnerarbeiter ist es gelungen, die Gewerkschaften der Eisenbahnerarbeiter zu vereinen. Der Gewerkschaftsversammlung der Eisenbahnerarbeiter ist es gelungen, die Gewerkschaften der Eisenbahnerarbeiter zu vereinen.

Die „Ere nouvelle“ ist nicht mehr zu stoppen. Einige Mitglieder der „Ere nouvelle“ haben sich aus dem Gewerkschaftsversammlung der Eisenbahnerarbeiter ausgesetzt. Weitere Gewerkschaftsversammlungen der Eisenbahnerarbeiter sind geplant.

Die „Ere nouvelle“ ist nicht mehr zu stoppen. Einige Mitglieder der „Ere nouvelle“ haben sich aus dem Gewerkschaftsversammlung der Eisenbahnerarbeiter ausgesetzt. Weitere Gewerkschaftsversammlungen der Eisenbahnerarbeiter sind geplant.

Die „Ere nouvelle“ ist nicht mehr zu stoppen. Einige Mitglieder der „Ere nouvelle“ haben sich aus dem Gewerkschaftsversammlung der Eisenbahnerarbeiter ausgesetzt. Weitere Gewerkschaftsversammlungen der Eisenbahnerarbeiter sind geplant.

Die „Ere nouvelle“ ist nicht mehr zu stoppen. Einige Mitglieder der „Ere nouvelle“ haben sich aus dem Gewerkschaftsversammlung der Eisenbahnerarbeiter ausgesetzt. Weitere Gewerkschaftsversammlungen der Eisenbahnerarbeiter sind geplant.

Die „Ere nouvelle“ ist nicht mehr zu stoppen. Einige Mitglieder der „Ere nouvelle“ haben sich aus dem Gewerkschaftsversammlung der Eisenbahnerarbeiter ausgesetzt. Weitere Gewerkschaftsversammlungen der Eisenbahnerarbeiter

Arbeiterstimme

Ein Rechtshinweis

an alle Freunde!

Die "Leipziger Volkszeitung" vom 11. Juli bringt wieder einmal eine nach über Angelegenheiten der Gemeinschaft proletarischer Freidenker die scheinbar aus detaillierter Feder kommt, die, wie bereits öffentlich bekannt, ganz besondere Qualitäten im Stile und Verlaubten besitzt. Die so qualifizierte Feder könnte ein Mann, dem bereits von eigener Parteiseite aus — und zwar von einem Parteidienstleiter — angezweigt worden ist, das nicht so weit von der Arbeit zu entfernen. Dem also damit nun betuseter Seite in zarter Form bezeichnet wird, daß er ist. Tatsächlich hat wohl bisher innerhalb weniger Wochen noch kein anderer Mensch so viel geschrieben, als dieser eide Streiter, trotzdem er in diesem schönen Bestreben allerhand Konkurrenten hat, die ihm die Erreichung des Gipfels der Begeisterung nicht leicht machen. Jeder Mensch, der noch ein bisschen Gefühl für Wahrheit und Würde besitzt, und den jetzt Wochen im Gange befindlichen Wettkampf edler Seelen um die Meisterschaft in der Kunst aus weiß schwarz zu machen, beschaut, wie erkauft darüber, wieviel Dried manche Menschen aus ihrer edlen Brust ausgeladen imstande sind.

Die bisher in der "Leipziger Volkszeitung" erschienenen Artikel zur "Freidenkerfrage" haben keinen Anspruch darauf, daß nur einigenmehr an die Wahrheit zu halten. Die "Leipziger Volkszeitung", ehemals ein geachtetes, solche Methoden weit vor sich weisendes Organ, läßt es zu, von einem gewissenlosen Signer und seinen Hinter- und Vordermännern auf die moralische Stärke der berühmten "DFA" heruntergebracht zu werden.

Obmannsrotz der "Leipziger Volkszeitung" vom 11. Juli entspricht wie alle bisherigen nicht der Wahrheit:

1. gibt es keinen "wilden kommunistischen Hauptvorstand" der Gemeinschaft proletarischer Freidenker, sondern nur einen Ratschlagsrat in den dazu berechtigten und ordnungsmäßig eingesetzten Fällen der Spz. gewählten proletarischen Hauptvorstand der Spz., der durch den auf der kommenden außerordentlichen Hauptversammlung der Spz. zu wählenden schriftlichen abgesetzt wird. Ein rechtmäßiger Hauptvorstand Marx-Katja besteht nur in der Phantasie einiger wildgewordener Parteidienstleiter und bei dem bereits oben gekennzeichneten, mit Rots hinter dem Redaktionsgeheimnis versteckende Abgeordneten.

2. Eine Klage konnte das Leipziger Landgericht gar nicht gestellt werden, weil sie eine Klage erhoben werden ist. Gegen Signer und Katja war keine Klage erhoben, sondern lediglich der Antrag einer strafwilligen Verfolgung beantragt, deren Erhalt vom Staatsgericht lediglich abgelehnt wurde ist, weil nach Einsicht des Richters die Antragsteller um bewilligt nicht zur Beurteilung eines solchen Verfolgung legitimiert erscheinen, weil die Spz. kein rechtmäßiger eingetragener Verein ist. Darüber, ob diese Haftbefehl des Landgerichts Leipzig richtig ist, wird noch das Oberlandesgericht Dresden entscheiden. Das Staatsgericht ist kein Urteil darüber gefällt, daß die Wahl des jetzt die Spz. vertretenden Hauptvorstandes nicht gültig gewesen ist. Vielmehr ist dies eines der berühmten Kauzenhosen Verhandlungskunststückchen. Wenn das Landgericht Leipzig im wesentlichen bei der Abweisung der einströmenden Verfolgung den Ausschluß des Herrn Rotz Dr. Graf gefolgt ist, so hat dies nur Bezug auf die Aktivierung des Antragstellers, nicht aber auf die Frage, ob der proletarische Hauptvorstand auch der rechtmäßige Hauptvorstand sei. Herr Dr. Graf hat sich seine Ausgabe inssofern sehr leicht gemacht, als er sich nicht gescheut hat, dem Gericht das von interessanter Seite erfundene Märchen von kommunistischer Wahrheit der Reichscentralbank vom 24. Mai und von dem angedachten "wilden kommunistischen Hauptvorstand" aufzuwischen.

3. Es ist offenkundiger Schwund, daß sich ausdrückbar macht, wer auf das Postcheckkonto Wulf Nr. 114348, welches kein Kreditkonto ist, sondern ein legales Hilfspostcheckkonto der Zentrale der Spz. Gelder einzahlt. Im Gegenteil werden Mayer und Katja nach Rüttelgefunden Hauptversammlung der Spz. für die von ihnen im Namen der Spz. unzulässig eingenommenen Gelder haftbar gemacht werden. Auffallendlich die auf Postcheckkonto 114348 eingezahlten Gelder kommen wirklich zur Verfügung der Gemeinschaft proletarischer Freidenker und werden nicht, wie die am Mayer abgescherten Gelder von einer kleinen Instanz der Gemeinschaft

der sozialorientierten gewissenlosen Gruppe zur Spaltung der Gemeinschaft benutzt.

Mitglieder der Gemeinschaft proletarischer Freidenker! Daß es nicht durch den neuen Schriftsteller ausführbar, sollte auch wie vor an der Geschlossenheit einer Bewegung teil und fördert aus die Gewinnerwerbung, bis vor den Gewinnzweckverbündeten im Staatsgebäude mit dem proletarischen Gewinnerwerbung und allen Zeugnissen der Freiheitspartei durch den Reichsfeind einschreiten wird.

Der nach Tagesschau der Gewinnerwerbung wird allen Begeistern höchstens mitgeteilt:

Gemeinschaft pro. Freidenker, Reichspräsident.

Die Wahrheit über die Kinderhilfe der JAG.

Vom Landesamt der JAG Sachsen wird uns in der Angelegenheit des sozialen Kindertransports Freital folgender Brief zur Veröffentlichung zugelaufen, der die Heze der Freitaler und Dresdner Volkszeitung gegen die JAG erklärt.

Breslau, den 20. Juli 1925.

Dem Vorsitzenden der Internationalen Arbeiterhilfe Sachsen zu Dr. Herrn Schumann, Dresden.

Liebe Freunde!

In dem oberösterreichischen bürgerlichen "Volksblatt" lesen wir eine Notiz, die sich mit unserem Kindertransport nach Sachsen befaßt, und diesen Transport als "Neuesten Schwund des JAG" erklärt.

Eingesetzt wird die Notiz mit einem Hinweis: "Wir lesen in der "Dresdner Volkszeitung". Wozu der in der Notiz beleuchtete "Schwindel" bestehen soll, ist allerdings schwer zu erkennen, denn es wird nicht bestritten, daß sich aus Schlesien wirklich Kinder in Sachsen befinden.

Aus dieser Notiz erscheint wie die niedrige Erbarmlichkeit der bürgerlichen Presse und des arbeiterfeindlichen Vereins der Oberklasse. Welche Rolle spielt es bei einer Unterstützungsaktion, welchem Ort, welchem Stande, welcher Religion und welcher Partei der zu Unterstützende angehört? Ist es nicht vollkommen nebenständlich, ob ein zu Unterstützender Schleifer oder Oberlehrer, Soziale oder Bauer ist, wenn er von seinen Klassengenossen als Opfer der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unterstellt werden soll?

Psuh! Über diese erbärmliche Gesellschaft, die aus hoch über einer Hilfsaktion der Arbeiterschaft glaubt, Schutz werfen zu dürfen, weil diese Hilfsorganisation in Bekennung der geographischen Länderverteilung eines für die Unterstützungsaktion vollständig nebenständlichen Formfehler beginnt.

Das Elend der Arbeiterklasse hat nicht nur in Oberösterreich seinen Höhepunkt erreicht, nicht nur in Oberösterreich haben Arbeiterkinder unfähig durchgemacht, die zusammengepresst in engen Räumen hausen, in denen Kinder geboren werden und auch sterben. In ganz Österreich herrscht riesenhaftes Elend. Wer kann nicht das soziale Hungergesetz Waldenburg, das Eulenabgelese; wer hat noch nichts gehört von der unglaublichen wirtschaftlichen Niederlage des gesamten österreichischen Proletariats. — Die Bilder, die sich uns bei der Vorbereitung des Kindertransports zeigten, waren beträchtlich niederschmetternd, waren eine schreckbare Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft, daß wir nicht glaubten, in einem Lande zu sein, das mit seiner Kultur in vorderster Reihe stehen will. Und dieses riechende Elend wurde noch erhöht durch den von den Industriegewalten aufgeworfenen Streit der österreichischen Holz- und Metallarbeiter, der schließlich mit brutaler Rücksichtslosigkeit durch eine Gesamtaussperrung der in Frage stehenden Berufsgruppen von den Unternehmern niedergeschlagen werden sollte. Durch diese gewaltige Lohnbewegung steigerte sich die Not der betroffenen Arbeiter ins Unermeßliche.

Für die Internationale Arbeiterhilfe war es Pflicht, sofort zu Hilfe zu kommen und durch die Hilfsberichtschaft unserer länderlichen Freunde waren wie imlaufe, einen größeren Transport Kinder durchzuführen, um diesen einige Wochen bessere Lebenszeitraum zu garantieren.

Sämtliche Kinder wurden ärztlich untersucht und sämtlichen Kindern wurde die Schulungsbefreiungserklärung erzielt. Die Internationale Arbeiterhilfe in Schlesien hat die Untersuchung durch die Wohlfahrtsämter vornehmen lassen, die sich dazu gern bereit erklärt haben. Wir belassen ausdrücklich, daß die ärztlichen Untersuchungsergebnisse sich in den Alten der in Frage kommenden Wohlfahrtsämtern befinden und wir erklären jeden nicht nur als ausgesprochenen Feind der Arbeiterkinder, son-

deren Höhepunkt erreichte die Freiheit durch die Übergabe einer von der KPD gestifteten Fahne durch den Genossen Renner an die Vereinsleitung.

Mit kurzen, markanten Worten übergab Genosse Renner die Fahne dem Vereinsvorsitzenden Genosse Nagel. Zimmer vorwärts im Zeichen des Singspruchs der Fahne "Brüder zur Sonne zur Freiheit" so langsam, ohne Worte aus.

Über die übrigen Veranstaltungen des Tages wird an anderer Stelle dieser Zeitung berichtet.

Die Durchführung der gesamten Veranstaltung hat jedenfalls gezeigt, daß die Arbeiterschaft in der Lage ist, proletarische Feste zu feiern.

Ebersbach. Begünstigt vom herrlichsten Wetter hielt am vergangenen Sonntag der Kleine Arbeiter-Turnverein sein diesjähriges Sommerfest ab. Schon von den frühesten Morgenstunden an entwidmet sich auf dem Sportplatz beim Gemeindehof ein reges turnerisches Leben und Treiben. Punkt 7 Uhr früh begannen die eigentlichen Wettkämpfe der Turner und Turnierinnen, sowie der Schüler und Schülerinnen. Es ist auch an dieser Stelle betont, daß manche beachtliche Leistung der Wettkämpfer erzielt wurde und die Arbeiterturner erneut bewiesen haben, daß in ihren Reihen auf die Stärkung des Körpers wie auch der Pflege des Sports ganz besonderer Wert gelegt wird.

Rückmittags traten die Turner an, um den zahlreichen Zuschauern die Errungen zu zeigen, welche auf den vom 24. bis 26. Juli stattfindenden Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M. vorgeführt werden. Reicher Beifall wurde den modernen Turnierarten geschenkt, als so ist ihrer kameradschaftliche Aufgabe in eindrucksvoller Weise erfüllt hatte. Besondere Anerkennung gebührt auch dem ritterhaften Turnwart, unter dessen Leitung die ganzen turnerischen Aufführungen standen. Verdorben zu werden verdient noch das bei Anfang der Dunkelheit vorgeführte Flammenschwingen der Turner sowie die verschiedenen Gruppen mit Tanzwurzeldehnung. Diese leichten Aufführungen fanden das unumstrittene Lob der Zuschauer. Damit war der turnerische Teil des Tages erledigt und es entwickelte sich nach ein regelrechter "Jahresabschlusstanz" in dem auf dem Schießplatz aufgestellten Zelt. Bei der Siegerverkündung konnten folgende als die besten ausgezeichnet werden:

1. Kampf der Turnierturner:

1. Else Bittarisch; 2. Elfriede Wehner; 3. Gertrud Sander;
4. Helene Fichtner; 5. Gerda Falang; 6. Elisabeth Uy; 7. Eigeljus.

durch als bewußtlosen Verbündeten, der verzicht, um die bezüglichen Maßnahmen in Zweck zu stellen.

Zuerst liegen uns noch eine ganze Anzahl Schule zu verbreitigung verbündeter Kinder vor, die unterschiedlich zu verschiedenen Teilen der JAG, ausliegen. Aus diesen spricht ein Sprache, die den in Frage kommenden Radikaleuren und allen ihren Zeugnissen der Freiheitspartei durch den Reichsfeind einschreiten wird.

Unterstehen wollen wir noch, daß die Eltern der in Sachsen organisierte sind:

64 Familien, 45 KPD, 20 SPD, 11 ohne Angabe, 1 USPD.

Dieselben protestieren aufs höchste gegen die Schule der "Freitaler Volkszeitung" gegen die JAG.

Wir sind sehr überrascht, daß unsere länderlichen Freunde die Beleidigungen gegen die JAG zu werten wissen und wir haben überrascht, daß sich der Verleumdungsfeldzug bewußt und heftig machen, im Interesse des Proletariats zu führen, was zu

Die bürgerlichen Arbeitnehmer schätzen wie viel zu hoch ein, als daß sie glauben könnten, sie würden sich durch die gezeigte Kapitalbedeutung der beantragten Politikbeamten (?) in ihrer Wirtschaftlichkeit beeinflussen lassen. Wie glauben vielmehr, daß unter den Arbeitern in Sachsen ein Sturm der Entrüstung gegen alle die erhält, die heute glauben, mit allerlei schändlichen und kleinkörperlichen Tendenzen eine Hilfsaktion für die arbeitende Bevölkerung untergraben zu können.

Mit freundlichen Grüßen
Internationale Arbeiterhilfe Landesausschuß Sachsen

Bei dieser wichtigen Anklage gegen die kapitalistischen Verleumder in der "Volkszeitung" haben wir uns jedes Kommentar ersparen. Die Arbeit ist möglicherweise selbst urteillos.

Ein Renegat als Reklamekind

Im Kamenzer Wirtschaftsblätter erschien vorige Woche folgende, für einen interessante Notiz des ehemalige Mitglieds der KPD, Bruno Behold-Kamenz:

"Unterzeichner, der fünf Jahre der KPD angehörte, ist Agitator in Kamenz bekannt, hat seinen Austritt aus der Partei erklärt." Bruno Behold"

Zusammen hatte dieser Ehrenmann an die Ortsgruppenleitung folgende Erklärung gesandt:

"Meine Genossen! Aus Gesundheitsgründen ziehe ich mich von jeder politischen Betätigung zurück, da ich auf Grund meines Gehalts kein kommunistischer Kampfgenoss mehr sein kann, erkläre ich hiermit meinen Austritt aus der KPD."

Mit profaristischem Gruß Bruno Behold"

Wir glauben, durch diese beiden Neuerungen ist kein "Agitator" und "kommunistische Kämpfer" Behold genugend erklärt, so daß sich ein weiterer Kommentar über diesen Janus der KPD erübrigt. Behold ist bekanntlich ein ehemaliger Agitator der KPD, bekannt und tätig war, wollte mit demselben, doch hierzu der Kommunistischen Partei nichts bekannt. Sicherlich ist diese Behauptung nur Erfindung Beholds, um von dieser Reklame aus einen besseren Empfang bei den bürgerlichen Kreisen zu erzielen.

Die Kommunistische Partei weint derartigen "Kämpfern", als Engert-Behold keine Träne nach. Eine Absonderung dieser fragwürdigen Gestalten ist kein Verlust, sondern ein Gewinn für die Kommunistische Partei.

Freital. (Verbesserung des Straßenbahnservice.) Es ist bereits berichtet worden, daß die Freitaler Stadtverwaltung bei der Direktion der Dresdner Straßenbahn vorstellig geworden ist, die Straßenbahnen 1 und 22 unmittelbar zu verbinden, so daß der Dresdner Hauptbahnhof von Freital aus schneller als bisher erreicht werden kann. Nunmehr hat die Direktion der Dresdner Straßenbahn der Freitaler Stadtverwaltung mitgeteilt, daß die von Freital angeregte Verbesserung bereits in die Wege geleitet worden ist. Der Plan über die baldige Verbindung der Linien 1 und 22 im Stadtteil Plauen-Nickelner Straße, Chemnitzer Platz, Altlinden, Tharandt, Riemannsberg- und Bienerstraße liegt bis zum 27. Juli 1925 in Dresdner Rathaus, Theatersstraße, Zimmer 410, öffentlich aus.

Plauen a. C., 22. Juli. (Vom Baden ertrunken) Am Montag mittag ertrank beim Baden in der frischen Elbe der 12-jährige Schüler Glemann aus Plauen-Posta. Die Leiche wurde nachmittags geborgen.

Besteckungen erzielten im 75-Meter-Lauf: Else Bittarisch 11 Sekunden; Weitsprung: Else Bittarisch, 4 Meter.

4. Kampf der Schüler (7. bis 8. Schuljahr): 1. Heribert Schöne; 2. Fritz Dauterbach; 3. Gerhard Drechsler; 4. Alfred Ganselow; 5. Armin Alois. (4. bis 6. Schuljahr): 1. Paul Sander; 2. Gerhard Liebscher; 3. Hans Riedel; 4. Werner Kohle.

Besteckungen der Schüler: Hochsprung: Erich Peterhans, 1,20 Meter. Schülerinnen: 1. Flora Domisch, 2. Elisabeth Riedel; 3. Helene Fichtner; 4. Erna Röbler.

Besteckungen der Mitglieder: Stabholzsprung: Walter Schmidt, 1,35 Meter. Hochsprung: 2,70 Meter.

Alles in allem kann gesagt werden, daß der Arbeitervolkspark auf sein können mit Stolz blühen kann und wäre es nur zu wünschen, daß die Arbeiterschaft von Ebersbach erkennt, daß der Arbeitersport, gepaart mit sozialbewußtem Empfinden auch in ihrem Interesse liegt. Werther gibt es noch viele "klassenbewußte" Arbeiter, die ihre Kinder in die bürgerlichen (sich zu machen) Klasseunterricht schicken, in welchen man neben der Ausführung vorzügliches Elend, auch heute noch den Gedanken an die allgemeine Zeit schwarzweissarbeitserziehung mitbringen will.

Später eine Rübe, ob kapitalistisch oder erstaunlich, in den Arbeitervolkspark! Nehmt sie heraus aus den bürgerlichen Diensten und holt mit an den weiteren Kino- und Kinosälen bei den Generalen der Arbeiterschaft. Es ist eine Rübe, die die Arbeiterschaft in den Generalen der Arbeiterschaft nicht zu überzeugen scheint.

Heute kann der Arbeitervolkspark nicht mehr auf die Arbeiterschaft aufmerksam machen, obwohl er die Arbeiterschaft in den Generalen der Arbeiterschaft nicht zu überzeugen scheint.

Heute kann der Arbeitervolkspark nicht mehr auf die Arbeiterschaft aufmerksam machen, obwohl er die Arbeiterschaft in den Generalen der Arbeiterschaft nicht zu überzeugen scheint.

Heute kann der Arbeitervolkspark nicht mehr auf die Arbeiterschaft aufmerksam machen, obwohl er die Arbeiterschaft in den Generalen der Arbeiterschaft nicht zu überzeugen scheint.

Heute kann der Arbeitervolkspark nicht mehr auf die Arbeiterschaft aufmerksam machen, obwohl er die Arbeiterschaft in den Generalen der Arbeiterschaft nicht zu überzeugen scheint.

Heute kann der Arbeitervolkspark nicht mehr auf die Arbeiterschaft aufmerksam machen, obwohl er die Arbeiterschaft in den Generalen der Arbeiterschaft nicht zu überzeugen scheint.

Heute kann der Arbeitervolkspark nicht mehr auf die Arbeiterschaft aufmerksam machen, obwohl er die Arbeiterschaft in den Generalen der Arbeiterschaft nicht zu überzeugen scheint.

Heute kann der Arbeitervolkspark nicht mehr auf die Arbeiterschaft aufmerksam machen, obwohl er die Arbeiterschaft in den Generalen der Arbeiterschaft nicht zu überzeugen scheint.

Heute kann der Arbeitervolkspark nicht mehr auf die Arbeiterschaft aufmerksam machen, obwohl er die Arbeiterschaft in den Generalen der Arbeiterschaft nicht zu überzeugen scheint.

Heute kann der Arbeitervolkspark nicht mehr auf die Arbeiterschaft aufmerksam machen, obwohl er die Arbeiterschaft in den Generalen der Arbeiterschaft nicht zu überzeugen scheint.

Heute kann der Arbeitervolkspark nicht mehr auf die Arbeiterschaft aufmerksam machen, obwohl er die Arbeiterschaft in den Generalen der Arbeiterschaft nicht zu überzeugen scheint.

Heute kann der Arbeitervolkspark nicht mehr auf die Arbeiterschaft aufmerksam machen, obwohl er die Arbeiterschaft in den Generalen der Arbeiterschaft nicht zu überzeugen scheint.

Heute kann der Arbeitervolkspark nicht mehr auf die Arbeiterschaft aufmerksam machen, obwohl er die Arbeiterschaft in den Generalen der Arbeiterschaft nicht zu überzeugen scheint.

Heute kann der Arbeitervolkspark nicht mehr auf die Arbeiterschaft aufmerksam machen, obwohl er die Arbeiterschaft in den Generalen der Arbeiterschaft nicht zu überzeugen scheint.

Heute kann der Arbeitervolkspark nicht mehr auf die Arbeiterschaft aufmerksam machen, obwohl er die Arbeiterschaft in den Generalen der Arbeiterschaft nicht zu überzeugen scheint.

Heute kann der Arbeitervolkspark nicht mehr auf die Arbeiterschaft aufmerksam machen, obwohl er die Arbeiterschaft

Aus den Gewerkschaften

für die Arbeiterdelegation nach Rußland
Sofort sofort als gesammelten Gelder schnellens eingezahlt werden.

Die Unterstützung der Angestellten darf nicht fehlen. Arbeiterschaft und Arbeitnehmer erfüllt eure Pflicht! Sammelt für die Arbeiterdelegation!

Alle Gelder sind sofort einzulenden an den Vorzuhenden des Gesamtbetriebsrates der städt. Betriebe Dresden-II, Westendstrasse 14, 1. Et.

Nachricht! Bismarck! Am Freitag, den 24. Juli, abends 20 Uhr: Versammlung in den Annenläden, Flüchtlingsplatz, 1. Sitzungsbericht im Baumgewerbe. 2. Allgemeines.

KPD: Fabrikarbeiter, Zahlstelle Dresden. Alle Genossen seien am Freitag, den 24. Juli abends 6 Uhr im Volkshaus jeder End vor Generalversammlung.

Quittung.

Sachkasse Niedersächsisch 202,15 Mark.
Arbeiterkomitee für Rußlanddelegation Ostasien.

Der Stiel in der ostfälischen Zertil-industrie abgewürgt

(Arbeiterbericht)

Die große Durchschnittserhöhung der erbärmlichen Löhne in der Zertilindustrie um 13 Prozent wurde am Montag der Kampf zu machen. Die Arbeiterschaft hatte dazu überhaupt nichts zu tun, denn die Gewerkschaftsangestellten waren ja eben mit solchen Tätsachen in der Tasche an. Dieser Ausgang des Krieges kommt die Arbeiterschaft nicht befriedigen. Um nun eine so prohe Opposition gegen sich zu haben, lehnen die Reformen für den Betrieb im Köhlitz eine Versammlung am Montag ab, während die zwei freie Betriebe von Cunewalde ein Einigung über den Abbruch des Kampfes unterzeichnet wurden. Der enttäuschten Arbeiter, welche sich zu Wort meldeten, waren mit allen Mitteln der Überredungung konfrontiert. Vor allem war es eine Schamlosigkeit sondergleichen, als sich in der Versammlung der Belegschaft des C. Calauischen Betriebs eine jugendliche Arbeitsschwerin, daß sie in Köhlitz bis 293 Pf. Stundenlohn 1 Krempel mehr bedienen sollte als in Köhlitz, die vom Vorstandsstil die Antwort zu antworten.

"Sie kann ihr wohl keine Romane dabei mehr lesen." Das rief logar den Widerspruch vieler Frauen hervor, welche sich konzentriert sind.

Einen beladenen Scherz leistete sich der Kollege Haber, indem er versuchte, der Belegschaft weiszumachen, es sei der Kalenderabrech unfeierliches Wirtschaft, damit melden er die kapitalistische Wirtschaft, verhüten würden. Er versuchte logar den Arbeitern einzureden, daß bei einer neuen Inflation auch die Unternehmer schwer zu leiden hätten.

Und nun noch eine Frage. Hat man denn die Arbeitsschweren, ob sie mit dem Abschluß der Tarifvereinbarungen bis 31. Dezember einverstanden sind? Man hat sich wohl gehütet, darüber zu reden, um wieder das Brot teurer wird, man weiß auch kaum. Wir rufen den Kollegen zu, lernt aus diesen Vorträgen, schließt euch der Organisation an und stärkt die Gewerkschaftsposition.

Die Zusammensetzung der ersten Arbeiterdelegation nach Rußland

Rundem am Sonnabend, den 11. Juli, die erste Arbeiterdelegation vom Stettiner Hafen nach Leningrad abgefahrene ist, können über die Zusammensetzung der Delegation, welche von höchstem Interesse für die gesamte Arbeiterschaft ist, folgende Einzelheiten veröffentlicht werden.

Die Delegation besteht aus 58 Mann und trotz der Größe der SPD und Gewerkschaftsbürokratie sind nach der Parteigehörigkeit 29 Mitglieder der SPD, 18 Mitglieder der KPD und 11 Parteilose beteiligt. Vertriebene SPD-Mitglieder, welche gewählt waren, muhten im letzten Augenblick zurücktreten, weil ihnen der Ausschluss aus der Partei drohte, oder weil die Gewerkschaftsbürokratie dafür sorgte, daß der Unternehmer den Urlaub verweigerte. Einige Delegierte der SPD sind trotz ihrer Erziehungen gefahren.

Die Gewerkschaftliche Zusammensetzung der Delegation ist folgendermaßen:

Metallarbeiter-Verband	20
Blechbund	5
Zertilarbeiter-Verband	3
Metallergarbeiter-Verband	3
Schuhmacher-Verband	3
Färbewerksbund	3
Holzarbeiter-Verband	3
Deutscher Eisenbahner-Verband	2
Deutscher Holzarbeiter-Verband	2
Flachbinder-Verband	2
Lehrer-Gewerkschaft	2
Gemeindearbeiter-Verband	1
Gläserarbeiter-Verband	1
Sattler- u. Portefeuillier-Verband	1
Zimmerer-Verband	1
Hand- u. techn. Angestellten u. Beamten	1
Ausgeschlossen 4, davon 1 beim Verband der ausschlossenen Bauarbeiter und 1 vom Freien Eisenbahner-Verband.	

Fast alle Delegierten sind seit der Kriegszeit organisiert, am längsten ist ein partelloser Delegierter aus Rendsdorf organisiert, der seit 1889 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehört. bemerkenswert ist, daß von den SPD-Leuten die meisten in den Jahren der Spaltung der Sozialdemokratischen Fraktionen nicht der USPD, sondern der Mehrheitsrichtung angehört haben.

Die Delegierten sind Betriebsräte, davon 10 Betriebsräte-Vorsitzende, 8 Delegierte haben auf dem Fragebogen nicht angegeben, ob sie Betriebsräte sind, so daß die Zahl wahrscheinlich noch höher ist.

Die Delegierten vertreten fast ohne Ausnahme Werke mit über 1000 Mann Belegschaft, also Großbetriebe. Die Wahl wurde von verschiedenen Körperschaften vorgenommen. Der größte Teil ist von Betriebsversammlungen ge-

wählt worden. Ein weiterer großer Teil in freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Vollversammlungen. Einige Delegierte wurden in kombinierten Belegschaftsversammlungen gewählt und etwa 10 Delegierte vertreten Gewerkschaftsräte und Zahlstellen von Verbänden. Die Zahl der Arbeiter, welche von den Delegierten vertreten wird, ist im Augenblick noch nicht festzustellen, sie besteht bis jetzt aus mehreren Hunderttausend, so wurde zum Beispiel die Münchner Delegation von einer überwältigend freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Vollversammlung sämtlicher Münchner Betriebe gewählt, so daß die Delegation mit vollem Recht erklären kann, daß sie die gesamte freigewerkschaftliche Münchner Arbeiterschaft vertritt.

Etwa zwei Drittel der Delegierten ist rednerisch befähigt. Fast sämtliche Delegierten sind Funktionäre ihrer Verbände und die Finanzierung der Delegierten wurde bei den meisten bereits restlos durch Sammlungen in den delegierenden Betrieben ausgebracht. In einigen Fällen ist noch nicht das gesamte Geld eingezahlt worden. Die Sammlungen werden fortgesetzt, damit den Delegierten auch während der Reise in Rußland noch einiges Geld zur Verfügung gestellt werden kann.

Diese Angaben zeigen zur Genüge, was es mit dem Gerechte der sozialdemokratischen Presse auf sich hat, daß diese Delegation „von der KPD aufgezogen“ sei. Es handelt sich um ernste und objektive, von der Arbeiterschaft ohne Unterschied der Partei gewählte Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre, welche durchaus legitimiert sind, die deutschen Arbeiter in Rußland zu vertreten.

Die Erstattungsmöglichkeiten bei der Lohnsteuer

Unter dieser Überschrift finden wir in Nr. 29 der „Gewerkschafts-Zeitung“, dem Organ des ADGB, vom 18. Juli 1925, einen Artikel von Erich Kinner-Berlin. Bei dem System des Einziehens der Lohnsteuer, wie es die „glorreiche“ Revolution den deutschen arbeitenden Mäzen gebracht hat, sind bekanntlich hört — wenn man davon absieht, daß das ganze System nicht nur eine Hölle, sondern ein zum Himmel schreiendes Unrecht ist — infolge nicht zu vermeiden, als die Abzüge optimal höher sind, als die rein geahmig zu zahlenden Beträge.

Die Hörtaten müssen durch eine nachträgliche Beratung sowohl als möglich gemildert, die zu Unrecht erhobenen Steuern nachträglich zurückzuzahlen werden.

Eine solche Möglichkeit nachträglicher Beratung gab es bis zur zweiten Steuernotverordnung nur teilweise, dann ist sie ganz in Wegfall gekommen, weil seitdem überhaupt keine Veranlagungen bei der Einkommensteuer erfolgt sind. Auch nach dem Steuerüberleitungsgesetz vom 29. Mai 1925 (Reichsgesetzblatt Seite 75) findet für das Jahr 1924 keine allgemeine Veranlagung des Einkommensteuer statt, doch sind in das Gesetz Bestimmungen aufgenommen worden, die bei der Lohnsteuer nachträglich berichtigende Veranlagungen in bestimmten Fällen zulassen. Zur Durchführung dieser Bestimmungen hat der Reichsfinanzminister unter dem 30. Mai eine Durchführungsverordnung und einen Erlaß erlassen. Für die Zukunft aber heißt es: Besteht außer Acht!

Es ist für den Arbeiter nicht leicht, diese komplizierten Bestimmungen auszunützen. Es erwacht daher den Betriebsräten und Funktionären die Aufgabe, darüber zu wachen, daß nicht Arbeitgeber und Finanzämter die Sache besonders schwächen. Da aber der Arbeiter seine Lohnsätze ab dem Jahre 1924 wohl kaum noch haben wird, bleibt nichts anderes übrig, als daß sich der Arbeiter von den Arbeitgebern, bei denen er im Jahre 1924 und 1925 beschäftigt war, beobachtet beobachten über die Höhe des verdienten Lohnes und der abgezahlten Steuer ausstellen läßt. Für die Zukunft aber heißt es: Besteht außer Acht!

Nachstehend bringen wir die wichtigsten Stellen dieses Artikels zum Abriss:

Nach dem Steuerüberleitungsgesetz sind drei Fälle nachträgliche Veranlagung zu unterscheiden:

1. Erstattung bei Verdienstausfall.
2. Erstattung beim Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse.
3. Hörtenausgleich bei den Kinderermäßigungen.

1. Erstattung bei Verdienstausfall infolge Erwerbstod.

Da der steuerfreie Lohnbetrag nur für die Zeit in Rechnung gebracht wird, für die der Lohnabzug vorgenommen wird, so ist die volle Geltung des jährlichen steuerfreien Lohnbetrags davon abhängig, daß auch während des ganzen Jahres Lohnsteuer entrichtet wird. Wird für eine Zeit keine Lohnsteuer abgeführt, so wird für diese Zeit auch der steuerfreie Lohnbetrag nicht berücksichtigt. Um Schlüß des Jahres stellt sich daher heraus, daß der Arbeiter Lohnsteuer zahlen mußte, obgleich er nicht einmal so viel verdient hat, wie der steuerfreie Lohnbetrag ausmacht. Dieser Fall tritt ein bei allen Gewerkschaften, Kaufleuten, Angestellten, Streitenden usw. für die Zeit ihrer Erwerbstodheit. Krankheit usw.

In diesen Fällen war es den Finanzämtern bisher freigestellt, die zu viel erhobene Lohnsteuer aus Gründen der Wirtschaftlichkeit zu erlassen. Nunmehr hat der Steuerpflichtige einen Rechtsanspruch auf Erstattung. Dieser Erstattungsanspruch besteht, wenn der steuerfreie Lohnbetrag

1. für das Kalenderjahr 1924 nicht in Höhe von 610 Mark oder im Kalendervierteljahr nicht in Höhe von 155 Mark,
2. für das Kalenderjahr 1925 nicht in Höhe von 860 Mark oder

- a) für das erste Kalendervierteljahr nicht in Höhe von 190 Mark,
- b) für das zweite Kalendervierteljahr nicht in Höhe von 200 Mark,

- c) für das dritte und vierte Kalendervierteljahr nicht in Höhe von je 240 Mark

berücksichtigt worden ist. Die Erstattung erfolgt auch dann, wenn das Einkommen des Steuerpflichtigen in der fraglichen Zeit höher als die Beiträge war und wenn er sonstiges Einkommen gehabt hat.

2. Erstattung infolge besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse.

Eine teilweise oder volle Erstattung bereits gezahlter Lohnsteuer soll ferner dann stattfinden, wenn bei einem Steuerpflichtigen besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorgelegen haben, durch die seine steuerliche Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt worden ist. Als solche Fälle sind anzusehen, wenn der Steuerpflichtige für den Unterhalt und der Erziehung der Kinder, für den Unterhalt anderer mittellosen Angehörigen oder durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung oder Unglücksfälle besondere Ausgaben erzwungen sind. Die Höhe der Erstattung ist in das freie Ermessen des Finanzamtes gestellt.

3. Hörtenausgleich bei den Kinderermäßigungen.

Während die beiden Erstattungsmöglichkeiten sowohl für das Jahr 1924 wie für das Jahr 1925 gegeben sind, kommt der Hörtenausgleich bei den Kinderermäßigungen nur für die Zeit nach der jetzigen Neuregelung in Frage. Die Neuregelung hat die zweiprägnante Erstattung für das zweite Kind davon abhängig gemacht, daß der Steuerpflichtige nicht mehr als 60 Mark wöchentlich oder 250 Mark monatlich Einkommen hat. Einem Steuerpflichtigen würde diese Vergünstigung schon dann entgehen, wenn er zwar im Vierteljahr nicht mehr als 750 Mark, in einzelnen Monaten aber mehr als 250 Mark verdient hat, ferner, wenn sein vierjähriges Einkommen nur

wenig mehr als 750 Mark beträgt. Zum Vergleich dieser Fälle ist auch hier ein Maßstab auf nachträgliche Erstattung gegeben.

a) In den Fällen, in denen der Steuerpflichtige nur im Monat weniger als 250 Mark, im Vierteljahr aber insgesamt nicht mehr als 750 Mark verdient hat, wird ihm nachträglich der volle Unterschiedsbetrag gewährt, der bei einer Anwendung der vorhergehenden Erstattung nicht die Auswirkung der zweiprägnanten Erstattung hätte für das zweite Kind ergibt.

b) Eine teilweise Erstattung erfolgt, wenn das vierjährige Einkommen des Steuerpflichtigen den Betrag von 250 Mark nur wenig übersteigt. Der Unterschiedsbetrag, der bei einer Anwendung der vorhergehenden Erstattung nicht die Auswirkung der zweiprägnanten Erstattung hätte für das zweite Kind ergibt.

In allen diesen Fällen finden die Gestaltungen aber nur dann statt, wenn dahingehende

Anträge an das Finanzamt

gestellt werden. Die Finanzämter können die Gestaltungen nicht von Amts wegen vornehmen; weil sie für den einzelnen Lohnsteuerpflichtigen keine Akten oder Unterlagen führen. Deshalb müssen die Steuerpflichtigen die Erstattung beantragen und auch die Unterlagen selbst beibringen, auf Grund dessen finanziert werden kann.

Die Anträge sind bei dem Finanzamt einzurichten, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer wohnt. Für die zukünftige Zeit sind die Anträge spätestens bis zum 31. Juli 1925 zu stellen. In Zukunft sind sie für jedes Vierteljahr spätestens im Laufe des folgenden Monats und für jedes Kalenderjahr spätestens im Laufe des folgenden Kalendervierteljahrs einzurichten. Die Anträge auf Hörtenausgleich bei Kinderermäßigungen müssen zum ersten Male für das Vierteljahr Juli—September 1925 gestellt werden. Sie sind für diese Zeit spätestens bis zum 31. Oktober 1925 einzurichten. Die Erstattungen finden nicht statt, wenn die zu erstattenden Beträge im Kalendervierteljahr weniger als 4 Mark betragen.

Als notwendige Unterlagen, die den Anträgen beigezogen sind, bezeichnet der Ministerialrat insbesondere solche, aus denen die Höhe des Arbeitslohnes und der entsprechende Lohnbetrag hervorgeht. Beides ist in der Regel aus den Lohnbüchern ersichtlich, die also in erster Linie hierfür in Frage kommen. Da aber der Arbeiter seine Lohnsätze ab dem Jahre 1924 wohl kaum noch haben wird, bleibt nichts anderes übrig, als daß sich der Arbeiter von den Arbeitgebern, bei denen er im Jahre 1924 und 1925 beschäftigt war, beobachtet beobachten über die Höhe des verdienten Lohnes und der abgezahlten Steuer ausstellen!

Es ist für den Arbeiter nicht leicht, diese komplizierten Bestimmungen auszunützen. Es erwacht daher den Betriebsräten und Funktionären die Aufgabe, darüber zu wachen, daß nicht Arbeitgeber und Finanzämter die Sache besonders schwächen.

Beim Arbeitgeber haben sie dahin zu wirken, daß den Arbeitern die notwendigen Bescheinigungen über Lohn und Gehaltswerte unbedingt ausgestellt werden. Das Reichsfinanzministerium hat in seinem Erlaß vom 30. Mai die Finanzämter ausdrücklich angewiesen, „von kleinen Errichtungen absehen“. Wenn einzelne Finanzämter bei den Erstattungen Schwierigkeiten machen, müssen Betriebsräte und Funktionäre gemeinsam mit den Ortsausschüssen der Gewerkschaften an der Erreichung dieses Ziels helfen. Nur wenn jeder Arbeitnehmer sein Recht ausübt, können die erreichten Steuermilderungen ihren Zweck voll erfüllen.

Zum besseren Verständnis des vorliegenden Artikels bringen wir anschließend zu dem dem Steuerüberleitungsgesetz möglichen drei Fällen einer nachträglichen Veranlagung einige Beispiele der Errechnung des zu erstattenden Betrages nach.

1. Erstattung bei Verdienstausfall infolge Erwerbstod.

a) Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei minderjährigen Kindern hat in den Monaten Januar bis Juni 1924 monatlich 70 Mark verdient. Der steuerfreie Lohnbetrag ist in dieser Zeit mit 6 mal 50 gleich 300 Mark zur Auszahlung gekommen. In den Monaten Juli bis November 1924 hat er wegen Krankheit nichts verdient. Für diese Zeit ist ihm infolgedessen kein steuerfreier Lohnbetrag zu geleistet werden. Im Dezember 1924 hat er dann 150 Mark verdient und 60 Mark steuerfreien Lohnbetrag erhalten. Insgesamt sind ihm also nur 360 Mark freigelassen worden, während 610 Mark hätten verbleiben müssen. Er hat 12,60 Mark Lohnsteuer bezahlt, obgleich sein Jahreseinkommen nur 570 Mark, also nicht den steuerfreien Lohnbetrag von 610 Mark erreichte. Er ist also nachträglich von der Steuer freizulassen und der einbehaltene Lohnbetrag von 12,60 Mark ist in voller Höhe zu erstatten.

b) Ein verheirateter Arbeitnehmer mit einem minderjährigen Kind und einem mittellosen Angehörigen hat im Monat Mai 1925 wegen Erwerbstodheit nichts verdient. Sein Gehaltlohn betrug im April 140 Mark, im Juni 120 Mark, zusammen 260 Mark. Es sind einbehalten worden:

im April 8 v. H. von (140—60 gleich) 80	6,40 M.
im Juni 7 v. H. von (120—60 gleich) 60	2,80 M.
zusammen 9,20 M.	

Wenn der steuerfreie Lohnbetrag für den Monat Mai ebenfalls berücksichtigt wird, so mindert sich der Erstattung um 8 v. H. von 60 Mark gleich 4,80 Mark. Dieser Bet

Was die deutschen Arbeiter in Leningrad gesehen haben.

Sechsstundenstag in der Gummifabrik / Druckerlohn 25 Prozent höher als in Deutschland. Überworfriegslöhne / Zweimonatiger Lehrlingsurlaub / Die Macht der russischen Betriebsräte.

Dresden, 19. Juli. Die deutsche Arbeiter-Delegation trifft in Moskau erst Montag ein, unterdessen legt sie das eingehende Studium der Verhältnisse in den Leningrader Betrieben fort. Außer den Putilow-Werken, deren Besichtigung erst Sonnabend abgeschlossen wurde, besuchte die Delegation die elektrotechnische Fabrik „Eletrostal“, eine Möbelfabrik, eine Weberei, die Gummifabrik „Krasny Trudgofn“, die Tabakfabrik „Uriga“, die Staatsbäckerei, eine Metallfabrik, ferner das Leningrader Büro des Metallarbeiter-Gewerkschafts, wo die Delegierten die Tätigkeit der Gewerkschaft kennen lernen.

Beim Besuch eines jeden Betriebes, der mehrere Stunden in Anspruch nahm, hörten die Delegierten über alle Einzelheiten. Über die Arbeitsverhältnisse, Lohn, Versicherung, Arbeitsdauer, Krankenfalle, Stand der Produktion, politische Rechte, Kulturarbeit, gewerkschaftliche Arbeit, Frauenarbeit usw.

In der Fabrik „Eletrostal“ fragten die Delegierten, wie die Profite des Betriebes verteilt werden und erfuhrten, daß 2 Prozent dem Staatsfonds zugeführt, 10 Prozent für den Fonds zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft und die übrigen 68 Prozent zur Erweiterung der Produktion verwendet werden. Die Delegierten hielten es zuerst für einen Überzeugungsfehler, als sie erfuhrten, daß die

Beschäftigte eine zweimonatigen Urlaub erhalten.

In der Möbelfabrik hörten die Delegierten fest, daß die Qualität der Produktion nicht unter der Qualität der deutschen Produktion steht und daß der

Lohn der russischen Halbarbeiter der gleiche, teilweise höher, wie in Deutschland ist,

bei billigeren Beobachtungskosten.

In der Weberei hörten die Delegierten fest, daß das administrative Personal, die Weiber und der Fabrikdirektor usw., aus Arbeitern des Betriebes hervorgegangen sind und wunderten sich, daß

die Frauenarbeit gleich wie die Männerarbeit bezahlt wird.

Weiter bestätigte sie auch das Ambulatorium, den Club usw.

In der Gummifabrik „Krasny Trudgofn“ erfuhrn die Delegierten, daß infolge der gefahrdurchschüttlichen Produktion ein schwärmiger Arbeitsplatz und ein Urlaub von einem Monat

für sämtliche 14.000 Arbeiter des Betriebes eingeschürt wurden, wovon gegenwärtig 2000 auf Urlaub sind, auf dem Lande und in Kurorten. Der Arbeitslohn betrug 1913 40 Rubel, 1923 25 Rubel und

gegenwärtig beträgt der Lohn bereits 20 Prozent mehr als in der Vorriegszeit.

In der Eisenbahnstrecke hörten die Delegierten fest, daß der Durchschnittslohn um 25 Prozent höher ist als in Deutschland,

abgesehen von den materiellen Vergünstigungen, die aus der russischen Arbeitsgesetzgebung hervorgehen.

Eine Gruppe der Metallarbeiter-Mitglieder der deutschen Delegation schloß sich zum Besuch der Leningrader Metallwerke zusammen, wo sie die Produktions- und Arbeitsverhältnisse genau studierte. Nach Einführung in die Dokumente und nach Unterzahlungen mit den Arbeitern sollte die Delegation fest, daß die

Sozialverhältnisse bedeutend besser sind als in

Deutschland.

Im Namen der Metallarbeiter-Mitglieder der deutschen Delegation verließ Erasmus folgende Begrüßung:

„Als Delegierte der Arbeiter der deutschen Schwerindustrie berichten wir unsere Freunde über die Zusammengehörigkeit und die bei der Arbeiterschaft und dem technischen Personal unserer Betriebe herrscht. Ihr seid weit fortgeschritten. Wenn ihr im gleichen Tempo die Arbeit forsetzen werdet, wie wir es seit langem beschreiten können, so werdet ihr einen wahren Aufschwung eurer Wirtschaft erleben. Es lebe die Arbeiterschaft Russlands und Deutschlands!“

Der Betriebsrat der Metallwerke bat die Delegierten, folgende

Begrüßung an die deutschen Metallarbeiter

zu übermitteln:

„Heute haben eure Delegierten unsere Metallwerke besucht. Sie haben unsere Errungenschaften kennengelernt. Aus Gesprächen mit Arbeitern haben sie sich eine genaue Meinung darüber gebildet, wie die Arbeiterschaft in der Stadt Lenins lebt. Sie haben unsere Produktion gesehen, wie sie nicht gestaut, sondern im rechten Ausmaß begripen ist. Sie haben die Weiber kennengelernt, die auf ihre Posten von den Arbeitern selbst geschickt wurden. Sie haben die Wahrheit über die Sowjet-Union erfahren. Wie zweifeln keinen Augenblick, daß eure Delegation nur die Wahrheit über und erzählen wird. Wir sind euch dankbar, daß ihr eine Delegation nach unserem Arbeiterschaft entendet habt, unschuldig dankbar und uns überzeugt, daß der Zusammenhalt zwischen den Arbeitern Deutschlands und der Sowjet-Union immer stärker werden wird. Wir hoffen, noch weitere deutsche Arbeiterdelegationen bei uns zu begrüßen, die in unseren Metallwerken wie auch in den anderen Betrieben stellt einen freundschaftlichen Empfang finden werden. Indem ihr uns besuchen werdet, werdet ihr euch überzeugen, daß die Proletarier nicht nur ohne die Bourgeoisie zu leben, sondern auch eine neue sozialistische Wirtschaft aufzubauen streben. Es lebe der brüderliche Zusammenschluß der Arbeiterschaft Deutschlands und der Sowjet-Union! Es lebe die Freiheit der internationalen Arbeiterschaft!“

Die deutsche Arbeiterdelegation in der Sitzung des Leningrader Gewerkschaftsrates.

Sonnabend besuchte die deutsche Arbeiterdelegation den Leningrader Gewerkschaftsrat, die Industrievertretung des Nord-Ost-Gebietes und verschiedene Kulturinstitutionen. Die politische Kommission untersuchte die Tätigkeit der Partei-Organisationen. Bei der Industrievertretung nahmen die Delegierten Einsicht in die statistischen Materialien über das Steigen der Produktion und die Arbeitszahl der Leningrader Industrie. Sie stellten verschiedene Fragen über das Verhältnis zwischen den Wirtschafts-Organen und den Gewerkschaften, über die Fragen des Exportes und Importes und die Heranziehung des ausländischen Kapitals etc. Mehrere Delegierte wohnten den Sitzungen verschiedener Gewerkschafts-Sektionen bei, studierten die Arbeits-Verträge und Tarifläufe etc.

Abends fand die Sitzung des erweiterten Plenums des Leningrader Gewerkschaftsrates, in der Anwesenheit der deutschen und der schwedischen Arbeiterdelegation statt. Der Vorsitzende der deutschen Delegation, Freiburger, begrüßte die schwedische Delegation und erklärte, daß Zusammentreffen beider Delegationen sei ein Schritt zur Herstellung der Gewerkschaftsfeindschaft.

Im Namen der schwedischen Delegation überreichte Thielman dem Leningrader Gewerkschaftsrat ein Banner mit der Inschrift: „Die schwedischen Arbeiter den revolutionären Kampf Leningrads.“ Ein sozialdemokratisches Mitglied der deutschen Delegation, Lehner, dankte für das Entgegenkommen der russischen Genossen und stellte fest, daß bisher kein Fall vorkommen ist, wo eine Auktion verweigert oder die Delegierten beim Studium der Verhältnisse behindert gewesen wären. „Wir verlassen“, erklärte Lehner, „Leningrad in bester Überzeugung, daß das Leningrader Proletariat Gewaltiges geleistet hat und daß die deutschen Arbeiter seitens der bürgerlichen Presse über die Verhältnisse in der Sowjet-Union schamlos betrogen werden. Wir erläutern euch, daß falls ein Angriff auf die Sowjet-Union vorgenommen werden sollte, es in Deutschland keinen einzigen Betrieb geben wird, der sich nicht zur Wehr eures Arbeitelandes setzen würde. Wer das Sowjetland am Halse packen wird, wird sich selbst den Hals brechen.“

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion der schwedischen Arbeiterdelegation erklärte Thielman, man müsse bei dem russischen Proletariat lernen und ohne die kommunistischen Ansichten zu teilen, stimme er in den revolutionären Erfolgen des Leningrader Gewerkschaftsrates eine Resolution, worin unter anderem erläutert wird: „Die Führer der II. Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereiten in dem gegenwärtigen feinen Augenblick, wo der Imperialismus neue Abenteuer in Marokko und in China unternommen hat und Angriffe auf die Sowjet-Union vorbereitet, einen neuen Krieg an der Arbeiterschaft vor. Sie weichen dem einzigen Schritte, der geeignet ist, die Arbeiterschaft vor den immer näher rückenden imperialistischen Gefahren zu schützen, nämlich der Schaffung der internationalen Gewerkschaftseinheit, aus, noch mehr, sie verhindern die Einheit und fordern zum Klassenkrieg mit der Bourgeoisie auf. Dies verhindert die Einheitsfahne zur Sache der Arbeiterschaften selbst, die zur Einheit über die Röpke der Führer hinwegstreiten. Die Leningrader Arbeiterschaft glaubt fest, daß die Arbeiter der Brüderdelegationen ebenfalls einen Weg zur Einheit eingeschlagen haben.“

Durch eure Ankunft in der Sowjet-Union verschlägt ihr den letzten Ring der Blockade, den Ring der Verleumdung. Die Kapitalisten verhindern die Verbindung der Arbeiterschaft ihrer Länder mit der Arbeiterschaft der Sowjet-Republiken. Die Tatsache allein, eures Verweilens auf Sowjetboden, ist ein Schlag für den Kapitalismus und ein Schritt zur Befreiung der Arbeiterschaft. Möge euer Besuch, allen Hindernissen zum Trotz, gelingen.“

Das Eintreten Hindenburgs



Hatten sich die deutsch-nationalen Wähler unter den Kriegs- und Inflationskosten etwas anderes vorgestellt.

Trotz der brüderliche Solidarität der Arbeiter aller Staaten und noch ein Stein im Fundament der internationalen proletarischen Einheit werden

Was die deutschen Delegierten zu Sowjetrußland sagen.

Degeisterung sozial-wirtschaftlicher Arbeit.

Die Leningrader „Pravda“ veröffentlichte einen Artikel des deutschen Delegationsmitgliedes Knobels, dessen Aussage schreibt: „Erst drei Tage sind wir in Leningrad, aber schon können wir erklären, daß das Geschehe alle unsere Erwartungen übertrifft. Die deutsche Presse mit dem „Vorwärts“ in der Spalte der Auslandserrichten lanciert, als ob wir hier Bewegungsfreiheit besitzen und nicht dasjenige unterstützen werden könnte, was uns interessiert. Nun, wir genießen volle Freiheit und volles Entgegenkommen und du siehst, daß Russland ein Arbeiteland geworden ist und bald in einigen Jahren Russland wirtschaftlich mit den Erfolgen in den kapitalistischen Ländern wird.“

Der sozialdemokratische Delegierte Theodor Freiburger schreibt: „Trotz einer gewissen Vorurteile gegen Russland, mit der ich herkomme, und trotzdem ist mir nach sehr ungünstige Meinung über das Geschehe gebildet habe, kann ich jetzt schon erklären, daß in Sowjetrußland die Grundlage einer neuen Welt geschaffen worden sind, einer Welt, in der Menschen glücklich sein werden. Das Bewußtsein der Russen hat den russischen Arbeitern die Möglichkeit gegeben, materielle Röte zu ertragen. Ich bewundere es, mit welcher aufopferungsvollen Liebe das kommunistische Russland seiner Sozialordnung ergeben ist. Es lebe der revolutionäre Will der russischen Arbeiter!“

In seiner Eigenschaft als Mitglied der politischen Kommission der deutschen Arbeiterdelegation erläuterte Oberhagen vor Pressevertretern: „Ich als Sozialdemokrat stelle mich zu allem kritischer ein als andere. Vielleicht werde ich nicht allen angenehm sein. Ich werde viele Fragen stellen in Anbetracht eines gewissen Misstrauens gegenüber Sowjetrußland, werde es jedoch für meine Pflicht halten, aus allen Kräften dasjenige, was ich für die Wahrheit erkennen werde, in Deutschland zu verbreiten. Ich muß gestehen, daß das Bild des Triumphs der Macht der Arbeiterklasse, das ich hier gesehen habe, auf mich einen gewaltigen Eindruck macht. Trotz einiger Dingen, die ich bereits festgestellt habe, sehe ich, wie hier eine neue Welt entsteht, wie groß die Errungenschaften der russischen Arbeiterschaft sind.“

Ein Mitglied der industriellen Kommission der deutschen Arbeiterdelegation, der Metallarbeiter Schaudt aus Nürnberg, erklärte den Pressevertretern: „Unsere Kommission hat ich als Vertreter verschiedener Industriebranchen zusammengefügt. Wir wollen die Sowjetindustrie mit allen ihren positiven und negativen Seiten studieren, um in der Heimat einen objektiven Bericht über die Errungen der Leningrader Arbeiterschaft zu erstellen. Beim Besuch in den Putilowwerken haben wir den Eindruck gewonnen, daß das Verhältnis zwischen der Arbeiterschaft und der Administration, zwischen Betrieber, Administration und Arbeiterschaft, ein wahres sozialistisches Verhältnis ist. Bei euch sind hier, zum Unterschied zu Deutschland, die Fabrikdirektoren und Angestellten nicht „Menschen irgendwie besserer Rasse“, sie überreden sich nicht über die Arbeiter. Bei euch ist alles auf ein Ziel konzentriert: Arbeiten, arbeiten, um die neue Wirtschaft anzubauen. Deßhalb ist die Arbeit in der Sowjetunion eine Freude und es freut uns, solche Arbeit anzusehen. Sicher wäre so erwünscht, wie die Schaffung sozialer Arbeitsbedingungen in unserer Heimat.“

Die gewerkschaftliche Kommission der deutschen Arbeiterschaft berichtet zunächst den Betriebsrat der Putilowwerke, Sämtliche 3 Mitglieder dieser Kommission Freiburger, Brotag und Baum unterzeichneten folgendes Gutachten: „Nachdem wir die Lage des Betriebes der Putilowwerke kennengelernt und studiert haben, und wir zur Überzeugung gelangt, daß die Rechte der russischen Betriebsräte um vielfach weitgehender sind als die der deutschen. In unserer Heimat wurde uns einiges erzählt, es bestanden in der Sowjetunion überhaupt keine Betriebsräte. In der Wirklichkeit hat sich gerade das Gegenteil herausgestellt: die Bedeutung und die Macht der russischen Betriebsräte sind gewaltig und unerschätzbar.“

Die Verteilung der Ausgaben im Staatshaushalt der Sowjetunion.

Die Ausgaben für Landesverteidigung betragen gegenwärtig 17% der Gesamtsumme, während sie zur Sowjetzeit 27% betrugen.

Die Ausgaben für Verkehrsinfrastruktur betragen gegenwärtig 28% der Gesamtausgaben, während die Zarenzeit nur 10% diese Zwecke nutzte.

Zur Deckung der Industrie werden gegenwärtig 6% der Gesamtbudgetsumme aufgeworfen, zur Zarenzeit nur 1%.

Die Ausgaben für Handelswirtschaft betragen gegenwärtig 8%, zur Zarenzeit weniger als 4%.

Die Ausgaben für Kulturobjekte betragen gegenwärtig 11%, zur Zarenzeit nur etwa 6%.

Die Ausgaben für den Verwaltungsbereich sind gegenwärtig 16,7% der Gesamtsumme, während die Zarenzeit 16,7% betrug.

Die Ausgaben für Bergbau und Industrie betragen zur Sowjetzeit 12%, gegenwärtig etwa 8% der Gesamtbudgetsumme.

Die Ausgaben für Heer und Flotte betragen zur Sowjetzeit 350 Millionen Rubel jährlich, gegenwärtig 450 Millionen Rubel jährlich.

Die Ausgaben für Bergbau und Bergbaubetrieb zur Sowjetzeit 400 Millionen Rubel, gegenwärtig 70 Millionen Rubel.

Die Ergebnisse des 10. Parteitages

Von Ernst Schneller

Der Schluss des Parteitages zeigte eine Einheitlichkeit aller Fragen, die nach den Verhandlungen über den Bericht der Zentrale, über die Organisationsfrage, über die politische Lage und die Aufgaben der Partei nicht angenommen werden konnte. Die Minderheit hatte zwar nur wenige Delegierte, sie trat verschiedenlich lehr aggressiv auf — zum Schluss aber stimmte sie für alle Vorschläge der Zentrale. Ist diese Opposition belebt worden? Diesen Anschein für Tatsache zu nehmen, wäre leichtfertig.

Die Rechten — die keinen Delegierten hatten — fanden die Niederlage von Frankfurt nicht verwunderlich. Sie hatten damals der neuen Leitung drei Monate gegeben, dann sollte sie abgewirtschaftet haben. Jetzt geben sie vielleicht drei Jahre — aber sie werden nicht locker lassen! Und die Ultralinken — sie fühlen sich unsicher, sie haben keine Einigung über eine Plattform, sie können keinen Kampf gegen die Politik nur in der Vernierung bringen führen. Um ihre Anhänger nicht in Verwirrung zu bringen, lassen sie sich auf positive Vorschläge nicht ein — so lassen sie sich fürchterlich blamieren müssen. Bei der politischen Ausprache zeigten sich so gefährliche Auswüchse ultralinken Abweichungen, daß eine auch gefühlsmäßige Kritik Abschaffung durch den Parteitag erfolgte.

Gegen rechte und ultralinke Abweichungen wird die Partei jederzeit — wenn auch verschiedenartig — kämpfen müssen, um sich in diesem Kampf im Leninismus zu festigen. Für die Partei ist die Schwäche im Leninismus kein Zeichen der bereits für die Rechten erwarteten Konkurrenz; sie muß in ihr die Lethargie sehen, daß die Partei zum Leninismus will, um jede Abweichung verhindern will. Doch hat sie sich als Waffen des Leninismus erworben, noch versteht sie nicht, diese Waffen zu gebrauchen. Und darauf kommt es an: die Partei muß ihre Entwicklungsmöglichkeiten erkennen und erlösen. Der Parteitag hat der Partei diese Möglichkeiten gezeigt! Die Partei hat die inneren Parteiauseinandersetzungen so durchgeführt, daß sie weiterbauen kann und muß.

Der Parteitag hat bemerkenswerte Weise in der Gewerkschaftsfrage zum ersten Male in der RPD einen wußt leichten Willen gezeigt: Der Brief der Gesamtverantwortlichen legt dar: 75 Prozent der Aufmerksamkeit der Gewerkschaftsarbeit! Die Voransetzung dieser Arbeit ist die Unermüdlichkeit in der Frage der Gewerkschaften. Der Parteitag hat eine Generalkontrolle über die Zugehörigkeit und die Tätigkeit der Kommunen in den freien Gewerkschaften beschlossen. Dieser einflussreiche Beschluss ist ein Zeichen für die Parteientwicklung: Welche Kämpfe hat es noch vor einem Jahre gegeben? Heute ist diese Arbeit fest entschlossen! Sie wird ihre Erfüllung durchzuführen verstehen!

Dieser Gewerkschaftsbeschluß stand allerdings nur auf dem Papier, wenn er nicht durch die übrigen Beschlüsse ergänzt wurde, daß die größte Konzentration der Kräfte auf dieser Arbeit gewohnt wird: Der Beschluss zur Organisationsfrage und zum Parteistaat gibt diese Grundlage und Ergänzung. Umstellung der Partei auf Betriebszellen, Konzentration der Arbeit in den Betrieben auf die Gewerkschaftsarbeit, Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben: das ist die Hauptaufgabe, die von der Partei gelöst werden muß.

Die Zentrale hat darauf bestanden, daß diese Aufgabe mit aller Energie gestellt wird. Sie hatte die Diskussion in dieser Frage der Organisation nicht energisch gefordert. Die Diskussion in den Plenarverhandlungen zeigte großer Übereinstimmung gegen die Verabschließung des Statuts, gegen die energetische Umstellung auf die Betriebe. Der Konkurrenz in Organisationsfragen fand starke Zustimmung. In der Organisationskommission und in den Delegationen ist durch ausführliche Diskussionen und durch viele Verhandlungen das Problem für die Delegationen geklärt worden, daß das Statut trotz verschiedener einleitender Maßnahmen (Erteilung des Zentralausschusses durch Verteilung mit geringeren Befugnissen, Beleidigung der Rechte der Funktionärskonferenzen) einstimmig angenommen wurde. Die Schwierigkeiten in der Diskussion haben die Schwäche und Unklarheit der Partei gezeigt, so daß bei der Durchführung des Statuts wahrscheinlich große Hindernisse zu überwinden sein werden.

Der 10. Parteitag, der in der Abstimmung über die Politik der Zentrale, über die politische Resolution und in Frankfurt erneut bestätigt hat, ist nicht bei diesen Entscheidungen stehen geblieben: er hat die weiteren

Ziele für die nächste Parteiveranstaltung festgesetzt. Zum wesentlichsten, nicht mit großen Worten, sondern nüchtern, „amerikanisch“, nüchtern, kommunistisch, nüchtern werden die Wege gewiesen; mit der auf den Leninismus gegründeten Sicherheit, daß diese Wege die richtigen sind.

Weitere Klärung in den Grundzügen und stärkere Erprobung in der Geschäftsfähigkeit des Takts, das ist das eine — und das andere: wirksame, auf dauernde Wirkung berechnete Organisierung der Arbeit der Partei auf Grund der Erfahrungen der gesamten Kommunisten und unter Ausnutzung aller Erfahrungen der deutschen Partei. Die RPD hat sich auf die Eroberung der Massen in Zeiten der Flut für die Organisierung der Revolution eingestellt. Wie die Partei die Aufgaben von Frankfurt verstanden und durchgeführt hat — umso besser wird sie die schwierigen Aufgaben von Berlin zu erfüllen verstehen als Bolschewisierung bei der Arbeit unter den Massen — die Massen mit den richtigen Methoden für den revolutionären Kampfkampf gewinnen und mobilisieren — auf Liquidatoren und allen Feinden des Proletariats und des Bolschewismus zum Trotz!

Die Antwortnote der deutschen Regierung

Unterjährige Unterwerfung.

Berlin. Die Note der Luther-Regierung an Briand erklärt Bereitschaft zu „gegenwärtigem Meinungsaustausch“, erhofft ein politisches Ergebnis“ und spricht sich für beschleunigte Verhandlungen über den Sicherheitspakt aus.

Angesichts der ungeheuerlichen Briandnote erhebt die Luther-Regierung einige „Zweifel und Bedenken“, erklärt aber:

„Trotz der angekündigten Zweifel und Bedenken glaubt sie in wesentlichen Punkten bereits eine bedeutsame Annäherung der beiden Seiten angeschaut zu können. Die beteiligten Regierungen sind grundsätzlich einig in dem ernsthaften Willen, die Sicherheitsfrage durch den von Deutschland angeregten Garantienpakt und durch einen weiteren Ausbau des Systems von Schiedsverträgen zu regeln. Soweit wegen der Einzelheiten dieser Regelung noch Zweifel und Meinungsverschiedenheiten bestehen, werden auch sie zu überwinden sein.“

Ungemeindeter und offener kann die Bereitschaft zur Erfüllung der grundlegenden Forderungen der Briandnote nicht erklärt werden. Es sind nicht einmal zum Schein ernsthafte Vorbehalte und Gegenforderungen erhoben. Die ganze Note beweist durchaus den Schach um die Auslieferung Deutschlands unter die politische Verfügungswelt der imperialistischen Weltmächte, möglichst glatt verlaufen zu lassen.

Die Luther-Regierung erklärt ausdrücklich, daß sie sich in dieser Note „auf eine allgemeine Neuerung zu einigen grundlegenden Fragen beziehen will“. Die entscheidenden Punkte (Spitze gegen Sowjetland, Kriegsauflage des Völkerbundspaktes, Durchmarschgebiet) sind entweder ganz verschwiegen oder nur unbestimmt angedeutet.

Im einzelnen wird im ersten Abschnitt ausdrücklich erklärt: Der Abschluß eines Sicherheitspaktas, wie er in den deutschen Anregungen skizziert wird, bedeutet keine Aenderung des bestehenden Verträge. Insbesondere werde der Balkanabholzung einer Aenderung der Berliner Bestimmungen abhängig gemacht. Das bedeutet, daß die „erste nationale Regierung“ im Zeichen Hindenburgs die Friedensverträge samt den daraus folgenden Sanktionen und Gewaltmaßnahmen feierlich anerkennt und die Ost- und Westgrenzen Deutschlands für unverrückbar erklärt. Es ist also logar auf die bloße Phrasie der „nationalen Befreiung aus der Zwangsjacke“ verzichtet.

Im zweiten Abschnitt werden einige unerlässliche Bedenken erhoben, gegen die vom französischen Imperialismus vorbehalteten „garantierten Sanktionsteile“ und gegen die französische Garantien- oder Mächterrolle über das geplante westliche und östliche System von Schiedsverträgen (Schiedsverträge mit Frankreich und Belgien und mit deren Militärverbündeten Polen und Tschechien); die Note erhofft, daß man diese Frage im Völkerbundssinne lösen könne.

„Es muß deshalb, wenn der globalde Eintrett Deutschlands in den Völkerbund ermöglicht werden soll, eine Lösung gefunden werden, welche die Zeippanne bis zur Vermöhlung der allgemeinen Abrüstung überbrückt. Die Lösung müßte sowohl der besonderen militärischen und wirtschaftlichen, als auch der besonderen geographischen Lage Deutschlands gerecht werden.“

In diesen Sätzen werden sogar die früher aufgestellten deutschen Eintrittsbedingungen fast ganz fallen gelassen. Die Luther-

Regierung verhält kaum noch, daß sie noch bei Hoffnung und Bedingungsbasis Eintrett gleich zu kündigen bereit ist.

Die Antwortnote der deutschen Regierung will von der demokratischen wie denationalisierten Seite, wie zu erwarten war, durchaus gebilligt.

Die führenden Zeitungen nehmen wie folgt Haltung: „Kriegsgeltung“: „Wenn man die Note auch nicht in allen Einzelheiten annehmen wird, so ist auf der anderen Seite doch anzuerkennen, daß sie immerhin die wesenlichsten Vorbehalte zum Ausdruck bringt.“

„Note Jahre“: „Im ganzen stellt die deutsche Note einen mißlichen Verlust dar, die nationalistischen Massen in Deutschland durch schwächer, papierne und gehuchte Bedenken zu beschwichten, in Wirklichkeit aber den Wünschen der Entente mächtig nachzugeben. Der Sicherheitspakt, der Kriegspakt gegen Sowjetland soll jedenfalls abgeschlossen werden. Der Verlängerung wird von Hindenburg ausdrücklich anerkannt. Aus den bisherigen Bedingungen für den Eintrett in den Völkerbund sind keine Bedenken geworden, die auf dem Wege nach West sich verfügen. Das preußische Echo von London und Paris beweist am deutlichsten, daß das deutsche Volk von diesem Sicherheitspakt nichts, die Entente mächtig aber alles erwarten können.“

Kampf dieses Kriegsplan!

Hände weg von Sowjetland!

Bündnis mit der Sowjetunion gegen den Raubkriegs-

herrschaft“: „Deutsche Zeitung“ macht zwar noch ein wenig Opposition und hält den Sicherheitsgedanken für falsch und verderblich, freut sich aber gleichzeitig, daß sie in der Note Gedanken findet, wie sie von ihr ausgesprochen wurden: „Doch von solcher Stelle einmal durch Amtspflicht die Fortsetzung auf Abrüstung der Rheinlandstaaten gestellt und auf die geographische Lage Deutschlands hingewiesen wird...“

„Sozialistischer Freidenker“: „Alles in allem haben wir von unserem Standpunkt aus gegen die Note nichts wesentliches einzuwenden. Sie scheint uns ein Schritt auf dem Wege zu sein, den wir Sozialdemokraten als erste betreten haben und der, wie wir hoffen, zu einer wirklichen Befriedung Europas führen wird.“

Dem „Sowjet“ enthält die Note zu wenig Bereitschaft zur Völkerbundspolitik: „Die Reichsregierung lädt noch vor dem Völkerbund zurück und verhindert damit den geradesten und fürsatzten Weg zur Befriedung Europas. Die Note bestellt den weiteren Zusammenzug der nationalen Ideologien.“

Heldenaten der Befreier — Freiheiten der Faschisten

Bremen, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Angriff der französischen Belagerungsgruppen wurde von den Faschisten aller Schattierungen, die sich jahrelang nicht hervorgezeigt hatten, sofort zu einem großen nationalistischen Kummel benutzt, der ihnen allerdings von der Arbeiterschaft gründlich verdorben wurde. Das Schachspiel wurde sofort nach dem Rückzug von den Arbeitern beendet, die sich in geschlossenen Jüngern sammelten. Montag abend um 8 Uhr erfolgte die erste fasshafte Provokation. Ein Hotel flaggte mit einer schwarz-weiß-roten Fahne. Die Arbeiterschaft verlangte sofort Zurückziehung der Mörderfahne, und als sie glücklich nicht herantraten genommen wurde, griffen die Arbeiter zur Selbsthilfe. Die Arbeiter drangen in das Hotel ein, wobei einige kleine Schüsse verprügelt wurden. Auch als ein Überfallkommando der Schupo eintrat, wichen sie nicht zurück und erzwangen die Befestigung der monarchistischen Farben. Bis in die späten Abendstunden kam es noch zu Zusammenstößen mit der Polizei, die 14 Verhaftungen vornahm. Am Dienstag hat die RPD erneut zu einer Massenkundgebung gegen die Faschisten aufgerufen. Der Kommandeur der anrückenden Schupo erklärte, er werde sofort auch bei der kleinen Anzahlung rücksichtlos von der Waffe Gebrauch machen. Trotz des Verbots marschierten die Arbeiter in langer Zügen auf dem Mollekplatz auf. Unter der Arbeiterschaft herrschte große Empörung über die Befreier. Roter Frontkämpferbund, Roter Jungsturm und Reichsbanner stehen trotz Sabotage der Reichsbannerjünger Schulter an Schulter in Alarmbereitschaft und sind entschlossen, alle nationalistischen Provokationen, auch wenn sie von der monarchistischen Schupo unterstützt werden, zu unterdrücken.

Witten, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Auch hier versuchten die Faschisten beim Abzug der französischen Belagerungsgruppen Kundgebungen. Roter Frontkämpferbund und Reichsbanner haben auch hier gemeinsam sofort die schwarz-weiß-roten Provinziale zum Verschwinden gebracht.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden. — Druck: „Neuag“ — Filiale Dresden — Verantwortl. Redakteur: Rudolf Kerner, Dresden.

Jurgis blieb ihn wie betäubt an. „Wie? Weshalb?“ stammelte er.

„Nichts, ich kann sie bloß nicht brauchen.“ Die Augen des Vorarbeiters starrten Jurgis mit der gleichen feindseligen Röte an, wie dies die des Aufsehers getan hatten. Jurgis fühlte, es lohne sich nicht, auch nur noch ein Wort zu verlieren; er wandte sich ab, ging.

In der Kneipe erklärten ihm die Arbeiter die Bedeutung des Borgefallenen, blickten ihn mit mitleidigen Augen an: armer Teufel, er steht auf der schwarzen Liste! Was hatte er getan? Seinen Aufseher geschlagen. Guter Gott, ja, dann durfte er nicht hoffen, Arbeit zu finden. Würde ebenso leicht Bürgermeister von Chicago werden, wie eine Stelle bekommen. Jedes Büro hatte eine schwarze Liste, sein Name ist nicht nur in Chicago bekannt, sondern auch in St. Louis, Newark, Omaha, Boston, Kansas City und St. Joseph. Ohne Prozeß, ohne die Möglichkeit, zu appellen, ist er verurteilt, wird nie mehr für die Kaufhausarbeiten arbeiten können. Hunderte hatten dies am eigenen Leibe erfahren. Man wird ihm keine Erklärung geben; er wird nur immer finden, daß man ihn nirgends brauchen könnte. Einen anderen Namen zu nennen, würde ihm auch nichts nützen; die Unternehmer hatten ihre Spione; es lohne sich für sie, die schwarze Liste zu einem Justizkurator zu machen; diese bedeutete eine Warnung für die Arbeiter, war ein Mittel gegen Unruhen, legte die Gewerkschaften lärm.

Jurgis brachte diese neue böse Nachricht herein; in Washington gab es bloß Konkurrenzarbeiten; daß sein Name auf der schwarzen Liste stand, war gleichbedeutend mit einer Verreibung aus dem Land. Er und die anderen Frauen berieten einen ganzen Tag und noch die halbe Nacht hindurch. Freilich wäre es einschätzbar, der Kneipe wegen, bequem, im unteren Stadtteil zu wohnen, arbeite jetzt aber war Maria so kost gefund, hoffte, in den Schlafhöfen Arbeit zu finden; auch wollte sie ihren Geschlecht nicht ganz verlassen, wenigstens sie kannte jetzt kaum einen Mann, der zusammennehmen? Raffi er saß auf, so werden sie nicht untergehen. Derart siegte Elzbieta mit feier-

DER SUMPF

Roman von Upton Sinclair

Neudruck

Zweiter Teil: Überzeugung aus dem von Massen neubearbeiteten amerikanischen Erzähler. Herausgegeben von Hermann zur Mühlen. Copyright by „Der Massen“ 1924. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks und der Übersetzung, vorbehalten.

(42. Fortsetzung)

Jurgis hätte ausschreien mögen vor übergrößer Angst und Verzweiflung, doch wagte er keinen Laut von sich zu geben, weil er sich so sehr schämte, sich derart verschleppt zu haben. Spät abends schrie Elzbieta heim; sie hatte das Geld für eine Messe zusammengeholt, die Messe im neuen Bezirk bezahlt. Sie brachte auch den Kindern etwas trockenes Brot mit, worauf sich die ein wenig beruhigten. Da alles still war, legte sie sich neben Jurgis. Sie sprach kein Wort des Vorwurfs, schlüpfte die Tränen hinunter; Maria hatte Angst das Leid aus ihrer Seele vertrieben. Morgen wird sie eines ihrer Kinder begraben, aber sie hat jetzt drei begraben müssen, hat sich dann jedesmal wieder aus dem Schmerz emporgerungen, hat von neuem für die Überlebenden den Kampf aufgenommen. Dies war ihre Natur; sie fragte nicht nach Gerechtigkeit, nicht nach dem Wert eines Lebens, in dem Tod und Vernichtung wütten. Und mit diesen trockenen Vernunftgründen wandte sie sich jetzt an Jurgis. Maria ist tot, aber die anderen leben noch, müssen gerettet werden. Sie dat nicht für die eigenen Kinder, für die können sie und Maria sorgen; aber Jonas' Sohn. Maria hat ihm Antonas gegeben, er ist die einzige Erinnerung, die von ihr zurückbleibt, er muß das Kind hüten und für dieses sorgen, muß als Mann erwachsen. Er wisse ja, worum Maria ihn bitten würde, könnte sie zu ihm sprechen. Es ist furchtbar, daß sie so sterben möchte doch war das Leben zu hart für sie zu ertragen. Deshalb war sie fortgegangen. Und nun hatten sie freies Feld, deshalb werden sie fortgegangen. „Was ich Jurgis am folgenden Tag eine halbe Stunde vor der vereinbarten Zeit einstand, runzelte der Vorarbeiter die Stirn. „Ich habe Ihnen gestern Arbeit verheißen, nicht wahr? Es tut mir leid, ich habe mich getröstet.“

„Wie heißen Sie?“

„Jurgis Radus.“

„Wo haben Sie gearbeitet?“

„In Brows Schlachthaus und Durhams Konservenfabrik.“

„Weshalb gingen Sie von dort weg?“

„Das erstmal wegen eines Unglücksfalls, das zweite mal, weil ich ins Gefängnis kam.“

„So. Nun, wir wollen es mit Ihnen versuchen. Kommen Sie morgen früh und fragen Sie nach Herrn Thomas.“

„Als ich Jurgis am folgenden Tag eine halbe Stunde,

vor der vereinbarten Zeit einstand, runzelte der Vorarbeiter die Stirn. „Ich habe Ihnen gestern Arbeit verheißen, nicht wahr? Es tut mir leid, ich habe mich getröstet.“

„Gott sei Dank!“

„Wie? Weshalb?“

„Nichts, ich kann sie bloß nicht brauchen.“ Die Augen des Vorarbeiters starrten Jurgis mit der gleichen feindseligen Röte an, wie dies die des Aufsehers getan hatten. Jurgis fühlte, es lohne sich nicht, auch nur noch ein Wort zu verlieren; er wandte sich ab, ging.

In der Kneipe erklärten ihm die Arbeiter die Bedeutung des Borgefallenen, blickten ihn mit mitleidigen Augen an: armer Teufel, er steht auf der schwarzen Liste! Was hatte er getan? Seinen Aufseher geschlagen. Guter Gott, ja, dann durfte er nicht hoffen, Arbeit zu finden. Würde ebenso leicht Bürgermeister von Chicago werden, wie eine Stelle bekommen. Jedes Büro hatte eine schwarze Liste, sein Name ist nicht nur in Chicago bekannt, sondern auch in St. Louis, Newark, Omaha, Boston, Kansas City und St. Joseph. Ohne Prozeß, ohne die Möglichkeit, zu appellen, ist er verurteilt, wird nie mehr für die Kaufhausarbeiten arbeiten können. Hunderte hatten dies am eigenen Leibe erfahren. Man wird ihm keine Erklärung geben; er wird nur immer finden, daß man ihn nirgends brauchen könnte. Einen anderen Namen zu nennen, würde ihm auch nichts nützen; die Unternehmer hatten ihre Spione; es lohne sich für sie, die schwarze Liste zu einem Justizkurator zu machen; diese bedeutete eine Warnung für die Arbeiter, war ein Mittel gegen Unruhen, legte die Gewerkschaften lärm.

Jurgis brachte diese neue böse Nachricht herein; in Washington gab es bloß Konkurrenzarbeiten; daß sein Name auf der schwarzen Liste stand, war gleichbedeutend mit einer Verreibung aus dem Land. Er und die anderen Frauen berieten einen ganzen Tag und noch die halbe Nacht hindurch. Freilich wäre es einschätzbar, der Kneipe wegen, bequem, im unteren Stadtteil zu wohnen, arbeite jetzt aber war Maria so kost gefund, hoffte, in den Schlafhöfen Arbeit zu finden; auch wollte sie ihren Geschlecht nicht ganz verlassen, wenigstens sie kannte jetzt kaum einen Mann, der zusammennehmen? Raffi er saß auf, so werden sie nicht untergehen. Derart siegte Elzbieta mit feier-

heit.

„Gott sei Dank!“

„Wie heißt der Vorarbeiter?“

„Herr Thomas.“

„Wo wohnt er?“

200

Veranstaltungskalender

Den dies. Jahr sind alle folgenden Tagesordnungen der Ortsgruppen des KPD für den Monat Juli 1925.

III. Dresden

Gesamtversammlung
in Groß-Dresden: Dienstag, den 28. Juli 1925, abends 7.30 Uhr im „Körnergarten“. Bericht vom Reichsparteitag.

Wohnung: W.-S. Ritter-Schule, Freitag, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Schänzel, Kleiststr., große öffentliche Versammlung. Der Kampf um Lohn und Brod, Ref. Stadt und Gewerkschaften. Jeder Genosse nach unbedingt erscheinen. Gedenktagen. **W.-S. Zeitung**.

Wohnung: W.-S. Dresden-Zentrum. Arbeitsgebiet-Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 25. Juli, im unteren Gefecht im Ludwig. Beginn 8 Uhr abends. Referent: Genosse Dr. H. E. Thema: Grundlage des Kommunismus und Programm der 3. Internationale. Die Ortsgruppen müssen rechtzeitig einschreiten, um zur festgefeierten Zeit in Ludwig zu sein.

District (Arbeitsgebiet) Dresden-Zentrum, Freitag, den 24. Juli, abends 7.30 Uhr, im Schulguthof, Kleiststraße, Mitgliederversammlung. Bericht vom Parteitag. Sämtliche Gruppenversammlungen haben auszufallen.

KPD, Jüngersgruppe Zentrum 2. Freitag, den 24. Juli, abends 7.30 Uhr. Mitgliederversammlung in der „Bayerischen Krone“ Neumarkt. Referat: Krieg dem imperialistischen Kriege. Ausgabe der Mitgliedsbücher.

5. und 6. Zollengruppe Cotta. Sonnabend, den 25. Juli, wichtige Gruppen-Versammlung. Punkt 8 Uhr im Luisenhof Cotta. Interessanter Vortrag für Genossen und Genossinnen. Blütentriches und vollständiges Er scheinen erwartet die Leitung.

Zollengruppe Löbtau, Freitag, den 24. Juli, abends 7.30 Uhr im Restaurant „Zur Quelle“ Mitgliederversammlung mit Referat.

KPD-Wk: Freitag, abends 8 Uhr, im „Posthof“, Klosterstraße, Ecke Untermarktstraße, Vortrag: Der Bauernkrieg.

Stadtteil Freital-Ort: Mitgliederversammlung am Donnerstag den 23. Juli, abends 8 Uhr im Restaurant „Zillenkogen“ (Wiederstand). Alle Genossen und Genossen haben zu erscheinen.

District Freital-West: Freitag, den 24. Juli, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung im „Windenfeldchen“, Elbersdorf. Referent: Paul Richter.

III. Pirna

KPD, District Leipzig, Freitag den 24. Juli, abends 7.30 Uhr Mitgliederversammlung im „Haus am See“. Alles muss erscheinen.

III. Oberlausitz

KPD, Arbeitsgebiet 5. Okt. Mitgliederversammlung Donnerstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr im Gasthaus „Zum grünen Baum“, Oktitz. Tagesordnung: 1. Berichte der Ortsgruppen über Überzeugung. Mitgliederstand, Zeitungen, Rose Hilfe u. s. 2. Bericht vom außerordentlichen Bezirksparteitag Oktitz. 3. Organisatorisches und Bericht von der KPD-Konferenz in Zittau. 4. Verschiedenes. Die Ortsgruppenvorstehenden haben für vollständiges Er scheinen Sorge zu tragen.

Wilsdrucker, Donnerstag, den 23. Juli, KPD-Versammlung in Kammerau. Wichtige Tagesordnung.

Wilsdrucker, Freitag, den 24. Juli, KPD-Versammlung in Temitz. Wichtige Tagesordnung.

Nur nach Baubzen!

Am 26. Juli, 10 Uhr sonntags findet in Baubzen auf dem Hornmarkt öffentliche Versammlung und Demonstration statt. Alle Ortsgruppen des III. Baubzen haben 9.45 auf dem Kornmarkt zu erscheinen.

III. Obersbach, Sonnabend, den 25. Juli, abends 7 Uhr, im „Sportsturm“ in Obersbach, Sonnabend. Reelles Er scheinen der in Frage kommenden Genossen wird erwartet.

III. Dresden

KPD, Freitag, den 24. Juli, abends 8 Uhr: Versammlung in der „Lokomotive“. Wünschlich erscheinen ist Pflicht. (Wahrscheinlich ist es eine Veranstaltung vom Zentrum. Einladung wird erwartet. Anzeigen genauer zu übersehen.)

III. Leisnig: Im Donnerstag den 24. Juli: Gemeinsamer Marsch mit der Ortsgruppe Langenbrück nach Leppersdorf. Stellen 7.15 Bahnhof. Wichtig: Punkt 7.30 Uhr alles hat zu erscheinen. Fahrgeld 5.20 Mark nach Leipzig mitbringen!

III. Freital

KPD, Freitagsgruppe Leipziger, den 24. Juli, 8 Uhr plötzlich: Zusammenkunft. Es ist wichtig alle Kameraden müssen diesmal unbeobachtet erscheinen. Bringt Sympathisierende mit. Postat Leipziger. Die Zeitung „KPD“ Sonnabend, den 25. Juli, abends 7.45 Uhr: Versammlung im Umleitergrund. Gäste willkommen.

III. Pirna

KPD, Ortsgruppe Pirna, Sonnabend, den 25. Juli, abends 7.30 Uhr: Versammlung. Mitglieder der KPD sind besonders aufgefordert, bei uns zu erscheinen. Der Vorstand.

III. Oberlausitz

Alle Ortsgruppen der III. Baubzen am 26. Juli, normatings 9.45 Uhr nach dem Kornmarkt, Baubzen, zur öffentlichen Versammlung und Demonstration.

Freiberger von Freital und Umg. Die Teilnehmer am Waldfest des Bezirks Zwickau-Schönau werden noch einmal besonders aufmerksam gemacht, plötzlich Sonnabend 1.45 Uhr im Freiberger Bahnhof in Leipziger Straße bis Rosenthaler Löden, Preis 1.20 Mark. In Wilsdrucker aussteigen, das Treffen mit den Schmiedeberger Genossen. Zur Vorsorge nach jeder Teilnehmer einen Ausweis (Einwohnerchein über Kopf) bei sich führen. Freibergersche Zeichen anstreben. Der Vorstand.

Gemeinschaft proletarischer Freiberger, Ortsgruppe Görlitz, Teile des Waldfests in der Zwickauer Sonnabend 1.45 Uhr Bahnhof Hainsberg. Von 1.45 Uhr Sonnabend bis Kipsdorf, fahren aber mit bis 6.30 Uhr.

Der Arbeiter-Turn- und Sportverein Leuba hält am 26. Juli seine am 11. Juli geplante „Volksfest“ nicht unter Mitwirkung des Gesangvereins „Vorwärts“ zu. Abfang 7 Uhr, Bahnhof Leuba. Zahlreiche Beteiligte erwartet.

Amtliche Bekanntmachung

Freital

Der III. Nachtrag zu dem Ortsbericht über die Wahlstellungen und Wahlkreisverhältnisse der Beamten, Stellvertreter und dauernd Angestellten des Stadt Freital vom 22. Januar 1922 ist von der Amtshauptbehörde genehmigt worden.

Der Nachtrag liegt zu jedermann's Einsicht 14 Tage lang im Rathaus — Hauptangest. — aus.

Not der Stadt Freital, am 20. Juli 1925.

Hiermit die traurige Nachricht, daß heute morgen 7 Uhr nach langem schwerem Leiden meine liebe Gattin, meine liebe Mutter

Anna Bischorn

im Alter von 46 Jahren und 4 Monaten entschlief. Der liebste Gatte

Dorothea Bischorn

und Kinder

Dresden, am New-York

den 22. 7. 25.

Die Einäscherung findet Sonnabend, den 25. 7. nach ca. 1/2 Uhr im Krematorium Tollwitz statt.

KPD, Bezirk Striesen

Heute morgen 7 Uhr heben die nach langer schwerer Proletarierfrucht unsre lieben Genossen

Anna Bischorn

im Alter von 46 Jahren ihre Lebensbahn. Durch ihr tapferstes Widerstehen in der vorherigen Stunde hat sie sich selbst einen Denkstein in der proletarischen Bewegung geschaffen. Als amerikanisches Vorbild wird sie für uns stets bestehen.

Einäscherung Sonnabend, 1/2 Uhr nach, im Krematorium Tollwitz. Einige Parfümerien und Genossen kommen 4 Uhr nach. Unten, Tollwitz.

Gemeinschaft proletarischer Freiberger
Ortsgruppe Dresden-Striesen

Den Genossen zur Kenntnis, daß am 22. Juli die Genossen

Anna Bischorn

verstorben ist.

Die Einäscherung erfolgt Sonnabend, den 25. 7. nach ca. 1/2 Uhr. Die Mitglieder werden gebeten, sich zum letzten Gruß recht zahlreich einzufinden.

Die Gruppenleitung.

Gemeinschaft prot. Freiberger Gruppe Löbtau

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Genossin

Martha Stohr

Döbelner Straße 171, am Dienstag, den 21. VII. 1925 verstorben ist. Die Einäscherung erfolgt am Freitag, den 24. VII. 1925 nachmittags 4½ Uhr im Krematorium zu Tolkewitz. Die Mitglieder werden gebeten, sich rege zu beteiligen.

Die Verwaltung.

Motorräder

Deutsche Motorräder 1.5/7 Ps.

Motorräder, Motorräder, Motorräder

Alles auf Teilzahlung

„Moto“ Firma a. E., Breitstraße

10. Raum, A. 100. Tel. 81-89-89

ANZEIGE
Von der Deutschen Motorrad-Expo in der ARBEITERSTADT

Theater am Masaniatz

Wegen Umbau bis auf weiteres
geschlossen!

Tymians Täglich

Thalla 8 Uhr

einzige Theater

Volkstheater Dresdens

Vorzungskarten außer Sonnabtag gültig

Lebensmittelhaus Hamann

Freital-Po., Turner, Echo Dresdner Straße

Tel. 164

empfiehlt

20%
auf
Übergangs- u.
Sommermärsel

Onulit

Freital-Po.
Tel. Dresden, Str. 70

Inseriert in der
Arbeiterzeitung

Fahrräder

Näh-

maschinen

erstklassige Marken

empfiehlt

Richard

NOACK

PIRNA

Braustraße 6

gegenüber. Lindenholz

Dresden-Neustadt

Görlitzer Straße 50

Eröffnung

G. Herrmann

1. August

Bekanntmachung!

In meinem diesjährigen
Salson-Ausverkauf

bis 31. Juli

erhalten Sie alle Waren zu bis jetzt
noch nie dagewesenen Preisen.
Deshalb sollte niemand diese Tage
zwecklos vorübergehen lassen.

Darum auf

27. J. PIMSLER

Dresden-A.
Landhausstraße

nächster Pimsler

Sämtliche Straßenbahnen

Angebote:

Anzüge | Hosenträger

Serie I 15.- M. Serie I 5.50 M.

Serie II 90.- M. Serie II 4.- M.

Serie III 26.- M. Serie III 3.- M.

1. Posten mod. Mantel von 1.- M. an

1. Posten Sportanzüge von 1.- M. an

1. Posten Gymnämtiel von 1.- M. an

1. Posten Windjacken von 1.- M. an

1. Posten Kuhosen von 1.- M. an

Platte elektrisch

kochte elektrisch mit Tauchsieder

Beste Bezugssquelle

Eltwerk Meißen

Um zwanglose Besichtigung wird gebeten

Gaswerk Meißen

Vorteilhafteste Bezugssquelle für
Beleuchtungskörper, Heizapparate, Gaskocher, -Ofen usw.

Um zwanglose Besichtigung wird gebeten!

Dippoldiswalde

CARL HEYNER

FERNRUF 118

Spezialisiert ersten Ranges für

Haushalt-, Büro- und Küchen-Geräte, Werkzeuge,

landwirtschaftliche Geräte

T